

Kalifat.com stellt vor:

Die Zerstörung des Kalifats

www.kalifat.com

1422 n.H - 2001 n.Chr.

Die Zerstörung des Kalifats

Kalifat.com

1422 n. H. - 2001 n. Chr.

Zur Übersetzung des *Qur'an*

Wir möchten darauf hinweisen, dass der *Qur'an*, das Wort Allahs, auf Grund seiner Einzigartigkeit nicht in andere Sprachen übersetzt werden kann. Nur in seiner Originalsprache, Arabisch, ist er authentisch und als *Qur'an* zu bezeichnen. Bei der Wiedergabe von *Qur'an*-Versen in deutscher Sprache kann es daher nur um eine ungefähre Erläuterung der Bedeutung handeln.

Die Redaktion

www.kalifat.com

Kürzelerklärung

(ﷻ): *taala*, "der Erhabene", Attribut Gottes, das man als Zeichen der Ehrerbietung Seinem Namen beifügt.

(ﷺ): *sallallahu alayhi wa sallam*, "möge Allah seine Gnade und seinen Frieden über ihn kommen lassen", Respektformel, die man als Bittgebet bei der Erwähnung des Namens des Propheten Muhammad ﷺ aussprechen soll.

(ﷺ): *alayhissalam*, "Friede auf ihm", Respektformel, die man zumeist bei der Erwähnung des Namens eines früheren Propheten ausspricht.

(ﷺ): *radiyallahu 'anhu*, "Möge Allahs Wohlwollen über ihn kommen", Respektformel, die man bei der Erwähnung des Namens eines Prophetengefährten ausspricht.

Al-Khilafah Publications
Suite 298, 56, Cloucester Road, London, SW7 4UB

IM NAMEN ALLAHS DES ERBARMUNGSVOLLEN DES BARMHERZIGEN

Einleitung

Das vorliegende Buch stellt eine Zusammenfassung des Werkes "*Kaifa hudimat Al-Khilafa*" ("Wie das Kalifat zerstört wurde"), vom Islamgelehrten Scheich *Abdulqadim Zallum* dar. Es gibt in Kurzform die wichtigsten Ereignisse wieder, die letztendlich zur Zerstörung der politischen Institution des Islam und somit zur Eliminierung des Islam als Staats- und Gesellschaftssystem geführt haben. Dabei spielt für uns keine Rolle, dass es sich um die Zerstörung des Osmanischen Kalifats in Istanbul handelt, denn es geht hier keineswegs um nationalistisch-patriotische Gefühlswallungen, sondern um die Offenlegung des von langer Hand vorbereiteten Planes, um die wichtigste Institution des Islam zu zerstören. Diese Institution wurde zu dieser Zeit eben von den Osmanen repräsentiert. Unsere Aufmerksamkeit gilt ihnen also nicht in ihrer Eigenschaft als "Türken" oder "Osmanen", denn für einen Muslim spielt die Volkszugehörigkeit eine denkbar geringe Rolle. Vielmehr legen wir unser Augenmerk auf die Tatsache, dass sie als Träger des islamischen Kalifats, Jahrhunderte lang die Repräsentanten des Islamischen Regierungssystems gewesen sind.

Natürlich hat es vor allem in der Spätzeit der Osmanen - aber nicht nur da - Verfehlungen, missbräuchliche Anwendungen des Islam und viele Versäumnisse seitens des Staates gegeben, seine Bezeichnung als "kranker Mann am Bosphorus" kam nicht von ungefähr. Trotzdem war es der Staat des Islam, der ihn repräsentierte, den Muslimen außen- und innenpolitische Sicherheit und Schutz gab und sie vor allem davor bewahrte, zum Freiwild für ausbeutungshungrige Kolonialmächte zu werden. All diese Verfehlungen haben weder realpolitisch, und schon gar nicht islamrechtlich eine Zerstörung des Staates gerechtfertigt.

Nein, der Staat war reform- und verbesserungsbedürftig, er war auch - kurz vor seiner Zerstörung noch - verbesserungsfähig, wenn sich verantwortungsbewusste Muslime mit aufrichtiger Entschlossenheit dafür eingesetzt hätten. Leider fehlte den meisten von ihnen - wenn nicht allen - das richtige Islam- bzw. Politikverständnis. Und so

erkannten sie nicht die Gefahr, die durch ihre Passivität wie ein Damoklesschwert über sie hereinzubrechen drohte.

Die Idee des Kalifats ist nicht bloß eine nostalgische Traumreise in eine märchenhafte Vergangenheit, sie stellt eine der größten göttlichen Pflichten dar, die Allah ﷻ den Muslimen in ihrem irdischen Dasein auferlegt hat. Sie bildet die umfassende Staats- und Regierungsform, innerhalb der allein alle islamischen Gesetze und Lebenssysteme realisiert werden können. Denn die zahlreichen Gebote in der Offenbarung, die das Wirtschafts-, Gesellschafts-, Staats- und Strafrecht betreffen, können und dürfen nur durch den Kalifen, als Regent und islamisches Staatsoberhaupt, vollzogen werden. Er allein hat das Recht und die Pflicht, das Gesetz Gottes auf Erden zu implementieren. So hat der Gesandte Allahs ﷺ gesprochen: **"Das Volk Israel wurde von Propheten betreut, immer wenn ein Prophet starb, folgte ihm ein anderer. Nach mir aber wird kein Prophet mehr kommen. Es werden aber Kalifen folgen, und deren Zahl wird groß sein."** Man fragte ihn: **„Und was befehlst du uns?“** Er antwortete: **"Erfüllt die *Bai'a* (Treueeid) des jeweils ersteren und gebt ihnen ihr Recht, denn Allah wird sie (hernach) ausfragen über das, was er ihnen als Treuhand übergeben hat!"** (*Muslim*).

Das Regieren allein nach den islamischen Gesetzen stellt ein eindeutiges und klares göttliches Gebot dar. So hat Allah ﷻ befohlen:

"Und richte unter ihnen nach dem, was Allah zu dir herabgesandt hat, und folge ihren Neigungen nicht. Und nimm dich vor ihnen in acht, dass sie dich ja nicht von einigem abbringen, was Allah zu dir herabgesandt hat!" (*Sura Al-Ma'ida 5, Aya 48*)

Dieser göttliche Befehl, der an den Propheten ﷺ ergangen ist, stellt in gleicher Weise einen Befehl an uns dar. Denn jeder Befehl, der von Allah ﷻ an den Propheten ergeht, ergeht in gleicher Weise an seine *Umma*, solange es dafür keine Beschränkung gibt. Hier gibt es aber keine noch so geartete Beschränkung, deshalb ist es ein klarer Befehl an uns, nach den Gesetzen Allahs zu regieren. Da wir als Einzelpersonen und Gemeinschaft, gar nicht in der Lage sind, geschweige

denn das Recht haben, die göttlichen Gesetze willkürlich anzuwenden, haben wir die Pflicht, jene Person aufzustellen, die von uns autorisiert wird, das Gesetz Allahs zu vollziehen. Diese Person eben ist der Kalif.

Das Kalifat ist aber nicht irgendeine Regierungsform mit einem Kalifen an der Spitze. Sie stellt vielmehr ein einzigartiges Staatssystem dar, das mit keinem anderen auf dieser Welt vergleichbar ist. Es ist kein Königreich, denn der Kalif steht nicht wie der König über dem Gesetz, er hat keinerlei Immunität und kann genauso gesetzlich geahndet werden wie jeder andere Bürger auch. Der Kalif kann nicht nach eigener Willkür regieren, wie es vor allem bei Königen früherer Zeit und teilweise heute noch (siehe Jordanien, Saudi-Arabien und Marokko) der Fall ist, vielmehr ist er den Gesetzen des Islam unterworfen. Der Kalif hat auch keine Privilegien wie ein König. Es gibt auch keine Thronfolge im Islam, sondern jene Person wird zum Kalifen, die von den Muslimen dafür die Bai'a erhalten hat.

Das Kalifat ist auch keine Republik. Denn das republikanische System basiert auf dem demokratischen Prinzip, bei dem das Recht (die Gesetzgebung) vom Volk ausgeht. Deswegen gibt es in jeder Republik ein Parlament als Volksvertretung mit gesetzgeberischer Funktion. Im Islam geht das Recht allein von Allah ﷻ aus. Er ist der Gesetzgeber:

"Und richte unter ihnen mit dem, was Allah herabgesandt hat!"
(Sura Al-Ma'ida 5, Aya 48).

Auch gibt es im republikanischen System eine Regierung mit Ministern, wo jeder Minister in Eigenverantwortung für ein bestimmtes Ressort zuständig ist. Im Islam hat der Kalif die Gesamtverantwortung inne. Er hat Assistenten (*Mu'awinun*), die ihn bei seinen Aufgaben unterstützen. Sie agieren aber nicht in einem eigenen Ressort unabhängig, sondern sind ihm für all ihre Tätigkeiten Rede und Antwort schuldig. Es gibt im Kalifat zwar eine Ratsversammlung (*Majlis al-Umma*), sie hat aber nur Kontroll- und Beratungsfunktion, und ist keinesfalls eine gesetzgeberische Institution.

Auch hat das Kalifat mit einem Imperium nichts gemein. Denn in einem

Imperium sind nicht alle Völker und Herrschaftsgebiete gleichgestellt. Vielmehr kommt dem Zentrum des Imperiums mit seinem Kerngebiet eine politische, wirtschaftliche und finanzielle Sonderstellung zu. Beispiele dafür sind das Römische Imperium der Antike und das Britische Kolonialimperium der Neuzeit. So eine Sonderstellung gibt es im Kalifat keine. Vielmehr steht das Regierungssystem im Islam konträr dazu. Denn alle Bürger des Staates sowie alle Staatsgebiete haben die gleichen Rechte. Weder die Hauptstadt, noch sonst irgendein Kerngebiet genießt politische, wirtschaftliche oder anders geartete Sonderrechte. Demzufolge macht das Kalifat seine Staatsgebiete nicht zu Kolonien, die nach Strich und Faden ausgebeutet werden, damit irgendein versnobtes Kerngebiet im wahrsten Sinne des Wortes zu einer "Insel der Seligen" wird, während andere Teile in bitterster Armut dahinsiechen. Vielmehr hat der Kalif für das Wohl aller Bürger zu sorgen, auch wenn sie Nichtmuslime sind. **"Der Imam (Kalif) ist ein Hüter, und er ist verantwortlich für seine Pflugschaft!"**, wie es der Prophet ﷺ formulierte.

Das Kalifat ist auch kein föderativer Bundesstaat, in dem jedes Bundesgebiet eine gewisse Form von Unabhängigkeit oder Autonomie besitzt. So sind die Finanzen des gesamten Staates einheitlich. Die Gelder werden gemäß den islamischen Gesetzen vom Staat eingehoben und nach Bedarf für das Allgemeinwohl der Bürger auf die verschiedenen Gebiete verteilt. Der Umstand, dass aus einem Gebiet dem Staat mehr Geld zugeflossen ist, bedeutet nicht, dass diesem Gebiet deswegen ein Mehr an staatlichen Zuwendungen zusteht. Die Ausschüttungen stehen nicht in Relation zu den Einnahmen, sondern sind eine reine Funktion des Bedarfs.

Auch gibt es keine gesetzgeberische Autonomie im Kalifat, wie es bei Bundesstaaten der Fall ist. Dort kann es durchaus üblich sein, dass in einem Bundesstaat die Todesstrafe gilt, wohingegen sie im Nachbarstaat abgeschafft wurde, oder für die gleichen Delikte verschiedenen Strafen festgesetzt sind. Im Kalifat ist die Regierungsform zentralistisch, wo der Kalif die volle Kontrolle über jeden Winkel des Staates hat und die Einheit des Staates in keiner Weise gefährdet werden darf. Zur besseren und effektiveren Betreuung der Bürgerangelegenheiten kann die Verwaltung aber dezentral angelegt sein, solange es der Einheit des Staates keinen Abschnitt macht.

Es zeigt sich also, dass das Kalifat eine einzigartige Staatsform ist, die mit den heute existierenden Staatsformen nicht zu vergleichen ist. Sie muss auch einzigartig sein, weil sie keinem fehlbaren menschlichen Geist entspringt, sondern das reine Ergebnis göttlicher Offenbarung ist.

Im vorliegenden Buch wollen wir uns mit den Ursachen und Hintergründen beschäftigen, die zum Niedergang des Kalifats geführt haben. Und zwar nicht um der Vergangenheit nachzutruern, sondern um aus den Fehlern unserer Vorfahren zu lernen und wichtige Erkenntnisse zu erlangen, die für eine erfolgreiche Neugründung dieser einzigartigen Institution unabdingbar sind.

Die Redaktion

Die Zerstörung des Kalifats

Der Niedergang der wichtigsten islamischen Institution ist ein multikausaler Prozess, der schon früh in der islamischen Geschichte einsetzte. Viele unterschiedliche Faktoren summierten sich im Laufe der Geschichte derart auf, dass das Ende des Garanten für die Praktizierung des Islam unweigerlich eintreten musste.

Den Muslimen war im Jahre 1923 nicht voll bewusst, welche fatalen Folgen die Aufhebung der islamischen Verfassung nach sich ziehen sollte. Heute, knapp 80 Jahre später, erfährt die Idee von einem Islamischen Staat, der in allen Bereichen des öffentlichen Lebens die Gesetze der Schari'a praktiziert, eine nicht zu übersehende Renaissance. Dies ist ein Grund dafür, sich mit den historischen Ereignissen, die unmittelbar mit der Zerstörung des Kalifats vor 78 Jahren

in Zusammenhang stehen, auseinander zu setzen.

Der Islamische Staat dominierte das Weltgeschehen über 10 Jahrhunderte hinweg. Die Einheit der Muslime, die aus ihrer starken Glaubensüberzeugung resultierte, war ein Garant für die Stabilität des Staates. Selbst fatale Ereignisse, wie die Kreuzzüge oder die Mongolenstürme, konnten nicht die Zerstörung des islamischen Staates herbeiführen. Die Verschiebung des Kräftegleichgewichts zugunsten der europäischen Mächte, die mit dem ägyptischen Feldzug von Napoleon Bonaparte im Jahre 1798 eingeläutet wurde, kündigte den bevorstehenden Weltmachtwechsel und die damit verbundene Zerstörung des Islamischen Staates an. Die Muslime, deren Zustand am ehesten mit Stagnation charakterisiert werden konnte, waren nicht imstande, auf die starken dynamischen Veränderungen in Europa die sich mit dem Beginn der industriellen Revolution und den neu konstituierten Nationalstaaten abzeichneten, ausreichend schnell und flexibel zu antworten. Dies ist sicherlich ein Zeichen dafür, dass die ideologische und intellektuelle Ausrichtung der Muslime nicht stark genug war, aus dem islamischen Überzeugungsfundament heraus neue Ansätze zu entwickeln, die den begonnenen Niedergang unter Umständen hätten aufhalten können. Die Ursachen für diese ideologische und intellektuelle Schwäche sind vielfältig und mitunter früh in der islamischen Geschichte zu suchen.

Der nachfolgende historische Überblick wird diese Ursachen nur am Rande diskutieren. Vielmehr sollen die unmittelbaren historischen Ereignisse, die mit der Zerstörung des Islamischen Staates in Verbindung stehen, untersucht und die Auswirkungen auf die heutige muslimische Gemeinschaft dargestellt werden.

Großbritannien und die Wahhabitische Bewegung

Mit Sicherheit würde der Islamische Staat heute noch existieren, hätten die Europäer auch weiterhin ihre mittelalterliche Zwietracht gewahrt, so dass sie sich nicht um den Islamischen Staat hätten kümmern können. Doch die fatalen Folgen des Dreißigjährigen Krieges führten zur Erkenntnis, dass solche Kriege auf Dauer die europäischen Mächte derart schwächen würden, dass die Muslime über kurz oder lang den Sieg über Europa davontragen würden. Der Westfälische Frieden von

1648 markierte das Ende der blutigen Unruhen zwischen Protestanten und Katholiken und ebnete für die europäischen Mächte eine neue Marschroute, die auf die endgültige Vernichtung des muslimischen Feindes abzielte. Die Geburt der christlichen europäischen "Familie" wurde durch die zweite muslimische Belagerung Wiens 1683 beschleunigt. Ein einseitiges militärisches Vorgehen gegen die Muslime genügte jedoch nicht. Vielmehr mussten die Säulen des Islamischen Staates zerstört werden.

Die ethnische Einheit und der unerschütterliche Glaube kennzeichneten seit jeher die Muslime und ihren Staat. Eine endgültige Zerstörung des Islamischen Staates musste zwangsläufig auch die Einheit der Muslime vernichten und ihr Vertrauen in die Funktionalität der Islamischen Lebensordnung erschüttern. Demgemäß entwickelten die europäischen Mächte unterschiedliche Strategien, um diese beiden wichtigen Faktoren auszuschalten. Die Wahhabitische Bewegung bot hierzu einen möglichen Ansatz, den sich die Briten später zu Nutze machten.

Die Wahhabitische Bewegung wurde durch den Gelehrten und Rechtsausleger (Mudschtahid) Muhammad ibn Abd Al-Wahhab in der arabischen Halbinsel ins Leben gerufen. Der hanbalitische Gelehrte kritisierte die nach seiner Meinung fehlgeleitete Praktizierung etlicher islamischer Gesetze.

Beispielsweise kämpfte er gegen die übliche Praxis vieler Muslime, das Grab des Propheten Muhammad ﷺ in Medina zu besuchen, und bezeichnete ein solches Vorgehen als *Bid'a*, d.h. eine unzulässige Neuerung im Islam. Auch die Meinungen anderer Gelehrter in vielen Fragen ignorierte er und kämpfte fortan vehement für seine Rechtsauffassungen.

Darüber hinaus sah er in der Duldung der Missachtung islamischer Gesetze ein Versäumnis, welches der Osmanische Staat in seiner Eigenschaft als Islamischer Staat zu verantworten hatte. 1740 trat Muhammad ibn Abd Al-Wahhab mit dem Führer des Stammes 'Anza, Muhammad ibn Sa'ud, in Kontakt, und erläuterte ihm seine Sicht der Dinge. Der Stammesfürst fand Gefallen an den Rechtsauffassungen des Rechtsauslegers und lud ihn ein, fortan bei ihm zu leben und seine

Auffassungen zu verkünden. Sieben Jahre später verkündete der Fürst seine Übereinstimmung mit den Ansichten von Muhammad ibn Abd Al-Wahhab in der Öffentlichkeit, und fortan wurde die Ausbreitung dessen Meinungen und Auffassungen forciert. Die Wahhabitische Bewegung war geboren. Allerdings blieb ihr Einzugsgebiet auf den Herrschaftsbereich des Muhammad ibn Sa'ud beschränkt, so dass die Dynamik der Bewegung schnell zum Erliegen kam.

Ca. 40 Jahre später erfuhr die Wahhabitische Bewegung einen neuen Aufschwung, als im Jahre 1787 der damalige Fürst des Stammes 'Anza, Abd Al-Aziz ibn Sa'ud, den Anspruch auf das Kalifat erhob und seinen Sohn, Sa'ud, zum neuen rechtmäßigen Herrscher über alle arabischen Stämme ausrufen wollte. Viele Araber fanden Gefallen am Vorhaben des Fürsten und unterstützten seine Pläne. Insbesondere der damals noch lebende Rechtsausleger Muhammad ibn Abd Al-Wahhab bejahte das Vorgehen des Fürsten. Ein Jahr später rüstete Abd Al-Aziz eine neue Armee auf und eroberte Kuwait, das auch von den Briten beansprucht wurde. Die Eroberung Kuwaits rückte die Wahhabitische Bewegung in ein neues Licht. Die Araber wurden durch die religiös motivierte Eroberung aufmerksam. Die Engländer begannen Sa'ud, den Nachfolger von Abd Al-Aziz, mit Waffen und Munition zu unterstützen, weil die Wahhabiten ihnen mit der Eroberung Kuwaits einen großen Dienst erwiesen hatten. Zum einen hatten die großen europäischen Mächte, Frankreich, Russland und Deutschland, eine Einmischung Großbritanniens in Kuwait bis zu diesem Zeitpunkt verhindert. Andererseits konnte der Osmanische Staat in seiner Eigenschaft als Islamischer Staat eine Invasion abwenden. Dadurch wurde die Wahhabitische Bewegung für Großbritannien zu einem wichtigen politischen Faktor.

1792 verstarb Muhammad ibn Abd Al-Wahhab, sein Sohn übernahm seine Nachfolge. Große Teile der arabischen Halbinsel wurden bis zu dem Zeitpunkt von der Wahhabitischen Bewegung kontrolliert.

Frankreichs Intervention gegen Großbritannien

Die europäischen Mächte zeigten sich durch die Entwicklungen auf der

arabischen Halbinsel beunruhigt. Diese Beunruhigung nahm insbesondere zu, als man sah, dass der Osmanische Staat nicht in der Lage war, die arabischen Truppen zurückzuschlagen, und Damaskus, Medina und Bagdad binnen kurzer Zeit in die Hände der wahhabitischen Truppen fielen. Frankreich war die erste europäische Macht, die auf die neuen Entwicklungen reagierte. Es konnte seinen Verbündeten Muhammad Ali, Gouverneur von Ägypten, zu einem Vorgehen gegen die Wahhabiten überreden, obwohl letzterer zuvor die Bitte der Osmanen für ein solches Vorgehen abschlug. Muhammad Ali entsandte seinen Sohn Tosun, der im Laufe der Jahre die Wahhabiten schrittweise aus ihren neuen Eroberungen verdrängen konnte. 1812 konnte er mit der ägyptischen Armee Medina erobern. Einen zweiten Feldzug gegen die Wahhabiten im Jahre 1816 befehligte Ibrahim, ein weiterer Sohn von Muhammad Ali, in diesem konnte er die Wahhabiten vernichtend schlagen. Im Jahre 1818 gaben die Wahhabiten endgültig auf, sodass der englische Einfluss vorerst verschwand.

Es war zu dieser Zeit nicht zu übersehen, dass die Muslime immer stärker an politischer Autorität verloren hatten. Frühere Konflikte innerhalb der islamischen Gemeinschaft waren immer geprägt von religiösen oder politischen Motiven. In den seltensten Fällen konnten verfeindete oder auswärtige Mächte die Muslime zu politischem Verrat motivieren. Im Laufe des 19. Jahrhunderts nahm jedoch die Bereitschaft muslimischer Führer zu, die politischen Machenschaften des Westens gegen den Islamischen Staat zu unterstützen. Diese Bereitschaft resultierte häufig nicht aus Böswilligkeit, sondern vielmehr aus mangelnder politischer Weitsicht und notwendiger Sensibilität. Diese Bereitschaft steigerte sich im 20. Jahrhundert zu politischer Unmündigkeit. Die heutigen Herrscher und Führer der Muslime stellen im Prinzip nur noch Vasallen des Westens dar und setzen dessen politische Vorgaben konsequent um.

Ein klassisches Beispiel für diese Tendenz liefert der Feldzug Muhammad Alis gegen den Osmanischen Staat. Durch seinen Erfolg geblendet, ließ er sich von seinem Verbündeten Frankreich zu einem Vorgehen gegen den Islamischen Staat überreden. Er verkündete seine Loslösung vom Kalifat und erklärte dem Osmanischen Staat den Krieg. 1831 führte er einen Feldzug gegen Großsyrien, dabei konnte er Palästina, Libanon und Syrien erobern. Die Führung des Kalifats in

Istanbul antwortete, als Muhammad Ali versuchte, sich Anatoliens zu bemächtigen. Es kam mit Unterstützung Großbritanniens, Russlands und Deutschlands zu einem Rückzug Muhammad Alis nach Ägypten, wo er sich damit abfand, als Gouverneur im Amt zu bleiben.

Beirut und Istanbul - Die Zentren des Separatismus

Das islamische Glaubensfundament prägt das Denken und das Handeln der Muslime. Seine Stärke garantierte jahrhundertlang den Zusammenhalt und die Macht des Islamischen Staates. Die Reinheit dieses Glaubensfundamentes galt und gilt es auch heute noch zu bewahren, um Stagnation und Degeneration bei den Muslimen zu verhindern. Schon der große Gelehrte Ibn Khaldun erkannte, dass einzig und allein ein starkes und vitales Glaubensfundament Degeneration und Niedergang vermeiden kann. Der Islam mit seinen klaren Ideen und Vorstellungen über Diesseits und Jenseits führte die Muslime in der Frühzeit des Islamischen Staates zu einer damals hochentwickelten Zivilisation. Der Beginn des Niederganges des Islamischen Staates im Mittelalter ist auf die intellektuelle Schwäche der Muslime zurückzuführen, die unmittelbar mit dem fehlenden Verständnis für die islamischen Ideen und Vorstellungen gekoppelt ist.

Die Muslime selbst spürten den Niedergang, aber nur wenige erkannten den Zusammenhang mit der intellektuellen Schwäche. Der große Gelehrte Ibn Taymiyya war einer der wenigen, die sich der intellektuellen Stagnation entgegensetzten. Doch die Mehrheit der Muslime ahnte nichts von dem, was zu Beginn des 20. Jahrhunderts eintreten sollte. Die europäischen Kolonialmächte hingegen erkannten den Zusammenhang zwischen der Stärke des Islamischen Staates und der Reinheit der islamischen Lehre. Ihnen war bewusst, dass sie in erster Linie die klaren islamischen Ideen und Konzepte ins Wanken bringen mussten, wenn sie den Islamischen Staat schwächen und zerstören wollten.

Fortan versuchten insbesondere Frankreich und Großbritannien, neue Ideen und Vorstellungen bei den Muslimen zu etablieren. Dabei sollten Beirut und Istanbul eine maßgebliche Rolle in der Verbreitung von westlichen Gedanken und Vorstellungen spielen.

Bereits im 16. Jahrhundert wurde auf Malta ein großes Missionszentrum

errichtet, von wo aus die Missionstätigkeit in der islamischen Welt koordiniert wurde. Allerdings erkannte man schnell die Notwendigkeit, die Missionsarbeit im Islamischen Staat selbst ausüben zu müssen, so dass dieses auf Malta errichtete Zentrum im Jahre 1625 nach Großsyrien (heute: Syrien, Libanon, Palästina und Jordanien) verlegt wurde. Von dort versuchten die europäischen Missionare immer wieder durch diskrete Maßnahmen sich zu etablieren, was ihnen in dieser Zeit nie richtig gelang. 1773 wurden diese Versuche eingestellt. Bis auf kleine Schulen und einige Schriften konnte man von keinem nennenswerten Einfluss dieser Missionstätigkeit sprechen.

Beirut wird Zentrum der Missionierung

1820 wurden die Missionstätigkeiten neu entfacht, indem in Beirut ein neues Missionszentrum errichtet wurde. Beirut sollte als Brücke für die Verbreitung westlicher Kultur und Ideen insbesondere in den arabischsprachigen Teilen des Islamischen Staates dienen. Doch erst mit der Unterstützung des damaligen Gouverneurs Ibrahim Pascha, sollten sich 1834 Missionare in allen Landesteilen Großsyriens verteilen. Der negative Einfluss dieser Missionare auf das Leben der Muslime, sollte nach dem Rückzug Ibrahim Paschas im Jahre 1840 aus Großsyrien in Erscheinung treten. Durch das separatistische Gedankengut, welches die Missionare predigten, wurde die Einheit der Bewohner Großsyriens gefährdet.

Insbesondere christliche, libanesisch-syrische Gebildete beteiligten sich an der Missionstätigkeit und traten im Laufe der Zeit offensiv für die Übernahme europäischen Gedankenguts und europäischer wissenschaftlicher Erkenntnisse ein. Mit dem Islam als identitätsstiftenden Faktor konnten sie naturgemäß wenig anfangen, sodass sie die ersten Verfechter einer Säkularisierung der arabischen Welt wurden. Die nationale Idee war für sie eine emanzipatorische. Muslime hingegen, die an diesen Zirkeln partizipierten, verbanden mit dem Begriff der arabischen Nation eine Realisierung des Kalifats. Sie erinnerten sich an das vermeintlich historische Erbe der Araber und sahen in der Absetzung der Osmanischen Kalifen einen Reformansatz, um den Sturz des Kalifats zu stoppen. Andere Vertreter des arabischen Nationalismus machten sich für die Dezentralisierung des Kalifats stark.

1860 zeichneten sich erste ernsthafte Folgen dieser Missionstätigkeit ab. Unruhen und bürgerkriegsähnliche Umstände kennzeichneten Großsyrien. Die europäischen Mächte nahmen diese Unruhen zum Anlass, ihre Streitkräfte in der Region zu postieren und damit indirekt zu intervenieren. Die Missionare bauten unter Aufsicht der europäischen Schutzmächte ihrer Tätigkeit aus. Jesuiten und andere christliche Missionare errichteten zahlreiche neue Schulen und Missionsstätten, um die Muslime intellektuell zu schwächen. Das wohl bekannteste Missionszentrum war das Syrian Protestant College, die heutige Amerikanische Universität in Beirut, welches im Jahre 1866 ins Leben gerufen wurde. Alle großen Mächte der damaligen Zeit, Großbritannien, die USA, Frankreich, Russland und Preußen, beteiligten sich an der Missionsarbeit. Die Folgen dieser Politik waren die Stärkung national-separatistischer Ansichten und die Etablierung westlich-säkularer Ideen. Noch heute ist der Libanon geprägt von Bürgerkriegen und Unruhen.

Reformversuche in Istanbul

Die türkischen und arabischen Nationalisten bildeten die Mosaiksteine, die von den europäischen Mächten in ein Gesamtkonzept integriert wurden, mit dem Ziel, den Islamischen Staat nicht nur militärisch zu schwächen, sondern ihn aus dem Bewusstsein der Muslime zu vertreiben.

Die westlich orientierten Intellektuellen und Politiker im Kalifat waren der Motor für eine schrittweise Veränderung der Verfassung und der Gesetze des Islamischen Staates hin zu einer europäischen Gesetz- und Verfassungsgebung. 1839 übernahm Abd-el-Madschid I. als 16-jähriger das Kalifenamt in Istanbul. Diesen Umstand nahmen einige Intellektuelle, unter ihnen Raschid Pascha, der zum Beauftragten für Außenpolitik ernannt wurde, zum Anlass, den Kalifen mit Forderungen zu torpedieren, eine Reform einzuleiten. Das Pro und Contra einer solchen Reform beherrschte in den darauffolgenden Jahren die innenpolitischen Diskussionen. Muslimische Intellektuelle und der Kalif sahen in der Integration europäischer Verfassungs- und Gesetzgebung einen Widerspruch zum Islam und blockierten lange Zeit einen solchen Reformansatz. Doch der außen- und innenpolitische Druck und das Gefühl, handeln zu müssen, sowie das mangelnde

Durchsetzungsvermögen des Kalifen, ließen es zu, dass europäische Gesetze Einzug in die Gesetzgebung des Kalifats hielten.

Nach Einholung einer Fatwa, die die neuen Gesetze "islamisch" legitimierte, wurden z. B. das Osmanische Strafgesetz 1857 n. Chr. und das Rechts- und Handelsgesetz 1858 n. Chr. eingeführt. Im Zuge weiterer Reformen wurde die Justiz in zivilrechtliche und *Schari'a*-Gerichte unterteilt. 1876 wurde schließlich eine liberale Verfassung verabschiedet die die Einführung eines Parlaments und die Abschaffung des islamischen Strafrechts beinhaltete. Diese Umorientierung des Kalifats in Richtung Nationalstaat wurde 1878 durch den Kalifen Abdulhamid II. unterbrochen, als dieser nämlich die 1876 verabschiedete Verfassung für nichtig erklärte und das Parlament suspendierte. Abdulhamid versuchte den Prozess der Degenerierung im Kalifat zu stoppen. Er sah in der Übernahme europäischer Konzepte keine Perspektive zur Reform des Kalifats, und besann sich wieder auf die Fundamente des Islam. So erfolgte unter ihm ein forcierter Ausbau des staatlichen Schulwesens, das 1900 durch die Gründung der ersten modernen Staatsuniversität des Vorderen Orients in Istanbul gekrönt wurde. Die Verwaltung des Kalifats wurde wieder zentralisiert und effektiviert. Sultan Abdulhamid versuchte durch die Hervorhebung der muslimischen Einheit von Arabern und Türken, beide zu reintegrieren und die Abspaltung autonomer Gebiete von der Zentralmacht in Istanbul zu unterbinden, was ihm allerdings nicht überall gelang. Abdulhamids Politik stieß nicht nur auf Zuspruch.

1889 fand sich in Istanbul ein oppositioneller Studentenzirkel zusammen, der mit einer Gruppe osmanischer Oppositioneller in Verbindung trat, die im Pariser Exil lebten und dort die Zeitung "La Jeune Turquie" herausbrachten. Dieser Studentenzirkel bildete einen Teil jener Opposition, die man in Europa unter dem Begriff "Jungtürken" zusammenfasste.

Von 1900 an wurde verstärkt von Saloniki aus Einfluss auf diese Gruppe ausgeübt, sodass sich diese 1907 entschloss, den Namen "Komitee für Föderation und Fortschritt" (*Al-Ittihad wa Al-Taraqqi*) anzunehmen. 1908 revoltierten sie gegen Sultan Abdulhamid II. und zwangen ihn, die 1876 erlassene, nach europäischem Vorbild gestaltete Verfassung wiederherzustellen und das Parlament

einzuberufen. Eine spätere Gegenrevolte Abdulhamids im April 1909 wurde unter Zuhilfenahme von Truppen aus Saloniki vereitelt. Abdulhamid II. wurde abgesetzt und ins Exil geschickt.

Die Übernahme von Elementen der europäischen Rechtsprechung war sicherlich die Folge der Unfähigkeit der Muslime, auf neue Probleme durch Ableitung neuer Gesetze aus den vorhandenen islamischen Rechtsquellen zu antworten. Diese erschreckende Unfähigkeit resultierte aus der Unkenntnis der arabischen Sprache, die für das Verstehen und das Studium der islamischen Rechtsquellen unabdingbar ist. Schon zu Beginn des Osmanischen Staates im Jahre 1517 wurde auf Anraten des *Scheikh-ul-Islam* die fatale Entscheidung getroffen, die arabische Sprache durch die türkische abzulösen. Die Bedeutung der arabischen Sprache ist vielen Muslimen auch heute noch nicht bewusst. Durch die Infiltrierung des islamischen Glaubensfundaments mit nationalistischen Ideen, sind die Muslime der Auffassung, die arabische Sprache sei ein ethnisches Attribut der Araber und deshalb für nichtarabische Muslime unbedeutend.

Sie verkennen die Tatsache, dass der Koran und die Sunna in arabischer Sprache offenbart wurden, und dass der Prophet ausdrücklich betonte, die Beherrschung der arabischen Sprache sollte eine Eigenschaft aller Muslime sein. Alle Muslime sind aufgefordert, den Koran, das Wort Allahs ﷻ, aufmerksam zu lesen, zu verstehen und sich nach seinem Inhalt zu richten. Die Autorität des Korans und die absolut gültige Beweiskraft seiner Verse beziehen sich aber nicht auf die Inhalte, die eine menschliche Interpretation aus ihnen herausliest, sondern auf den genauen Wortlaut des Originaltextes.

Die Rechtsgelehrten (*Mudschtahidin*) zitierten bei ihren Auslegungen die bei der Beweisführung herangezogenen Koranstellen im Wortlaut. Der *Idschtihad* selbst stellt die Bemühungen der Gelehrten dar, Rechtsnormen aus den Beweisquellen, Koran, Sunna, Konsens der Gefährten des Propheten und dem Analogieschluss (*Qiyas*), auszuarbeiten und rechtliche Vorschriften zur Anwendung zu bringen. Diese Wissenschaft legt zugrunde, dass derjenige, der *Idschtihad* vornimmt, die Beweisquellen exakt verstehen muss, was nur gelingt, wenn er die arabische Sprache in umfassender Form beherrscht. Es genügt nicht, den Korantext in einer nicht-arabischen Übersetzung zu

zitieren.

In den ersten Jahrhunderten des Kalifats lebte eine Vielzahl von Gelehrten, die die Qualifikation besaßen, den *Idschtihad* anzuwenden. Dadurch war immer garantiert, dass Verfassung, Gesetze und Rechtsnormen innerhalb des Kalifats durch die islamischen Beweisquellen belegt waren. Neue Probleme, die in Folge der zivilisatorischen Entwicklung des Menschen auftraten, konnten von den Gelehrten behandelt und am Ende durch den Vorgang des *Idschtihad* gelöst werden. In der Zeit der Abbasiden wurden die Grundlagen für den *Idschtihad* systematisiert. Es entstanden große Werke, die Rechtsnormen und Gesetze für wichtige zentrale Bereiche des Staatswesens beinhalteten.

Mit dem Wegfall der arabischen Sprache im Osmanischen Staat ging die Fähigkeit des *Idschtihad* weitgehend verloren. Die meisten Muslime waren nicht mehr im Stande, neue Probleme durch Rechtsauslegungen in ausreichendem Maße zu behandeln. Das Prinzip des *Idschtihad* wurde durch die sogenannte *Fatwa* ersetzt. Die *Fatwa* selbst ist nicht mehr als ein Rechtsgutachten eines Gelehrten zu einem Problem, wobei es nicht mit Beweisen aus den islamischen Rechtsquellen belegt wird.

Der erste Weltkrieg als Vorbote des Untergangs

Nach der Absetzung Sultan Abdulhamids II. übernahmen die Jungtürken die Macht in Istanbul und setzten die Verfassung aus dem Jahre 1876 wieder in Kraft. Allerdings bedeutete diese Tatsache nicht, dass das Kalifat damit aufgelöst sei. Noch immer bestimmte ein Kalif offiziell die Geschicke im Staat. Sultan Mehmet V. Resat, der bis 1918 dieses Amt bekleiden sollte, musste sich jedoch dem Willen der Jungtürken beugen. Innerhalb der Jungtürken dominierten Talat Pasa als Außenminister, Enver Pasa als Kriegsminister und Cemal Pasa als Gouverneur von Syrien. Die Jungtürken betrieben eine Turkifizierung des Osmanischen Staates, weil sie glaubten, dessen Zerstörung durch eine türkisch-nationalistisch orientierte Politik aufhalten zu können. Selbst in den Landesteilen des Islamischen Staates, in denen die arabische Sprache dominierte, wurde der Gebrauch der türkischen Sprache in den Schulen, bei den Gerichten und in der Verwaltung

forciert. Somit wurde der "Arabismus" gestärkt, der ja zuvor nur von christlichen libanesisch-syrischen Intellektuellen getragen wurde. Es bildeten sich Gruppen wie z.B. der "Literarische Klub" (*al-Muntadab al-adabi*), 1909 gegründet, die "Qahtan- Gesellschaft" (*al-Jam'iya al-qahtaniyya*), aus der später 1914 die Geheimgesellschaft "Der Bund" (*al-'Ahd*) hervorging, der unzufriedene Offiziere aus Syrien und Irak angehörten und die Jungarabische Gesellschaft (*al-Gam'iya al-'arabiya alfata*). Die Mehrheit der Gruppen wollte keineswegs die Trennung von Istanbul oder gar die Zerstörung des Islamischen Staates. Vielmehr strebten sie nach Autonomie. Sie sahen darin das einzige Mittel, die Politik der Turkifizierung aufhalten zu können.

Die militärischen Auseinandersetzungen des Osmanischen Staates mit Nachbarstaaten nahmen im Laufe des 19. Jahrhunderts und zu Anfang des 20. Jahrhunderts zu. Dies war mitunter eine Folge des Einmarsches von Napoleon Bonaparte in Ägypten im Jahre 1798. Mit Russland führten die Muslime den Krimkrieg und einen weiteren im Jahre 1877/78. Insbesondere am Balkan kriselte es. Separatistische Gruppen, die zumeist von Großbritannien und Österreich-Ungarn unterstützt wurden, sowie die zunehmende militärische Stärke der europäischen Mächte reduzierten den europäischen Teil des Islamischen Staates auf ein kleines Gebiet rund um Istanbul. 1908 annektierte Österreich Bosnien und Herzegowina. Bulgarien erklärte sich unabhängig. Kreta wurde Griechenland angegliedert. Italien fiel 1911 in Libyen ein, und 1912 erklärten die Balkanstaaten dem Osmanischen Staat den Krieg. Schließlich brach der 1. Weltkrieg aus, in den der Osmanische Staat im Oktober 1914 an der Seite Deutschlands eintrat.

Trotz der insgesamt widrigen Umstände, sah es nicht nach einer militärischen Niederlage des Islamischen Staates aus. Auch waren sich die Briten bewusst, dass die Nadelstiche, die Sharif Hussein dem Islamischen Staat zufügte, nicht zu seiner Zerstörung führen würden. Der Schlüssel für eine mögliche Vernichtung lag in den Händen der mächtigen Offiziere des Osmanischen Staates selbst. Insbesondere zwei Personen machten keinen Hehl aus ihrer Unzufriedenheit über die Teilnahme am Krieg an der Seite Deutschlands: Cemal Pasa und Mustafa Kemal. Mustafa Kemal spielte allerdings zu Anfang des Krieges keine große Rolle, obwohl er ehrgeizig seine Hände nach der

Macht ausstreckte. Er war ein kleiner Offizier, bekannt für seine westlichen Ansichten, seine Revolte gegen islamische Ideen, seine Verbundenheit mit den Engländern und seine Ablehnung der Deutschen. Im Laufe des Landungsunternehmens auf der Halbinsel Gallipoli und der äußerst verlustreich ausgefochtenen See- und Landkämpfe um die Dardanellen vom 19. Februar 1915 bis zum 9. Januar 1916, versuchten die Entente-Mächte immer wieder den Kontakt zu Cemal Pasa, mit dem Ziel, den Krieg zu ihren Gunsten zu beenden und die Einheit des Islamischen Staates zu zerstören. Trotz der prinzipiellen Bereitschaft Cemal Pasas, auf die Vorschläge der Entente einzugehen, scheiterte eine Einigung zwischen Cemal Pasa und der Entente an den Bedingungen, die Cemal Pasa für das Zustandekommen eines möglichen Abkommens formulierte: die Unversehrtheit des Islamischen Staates und die Beibehaltung des Kalifats als Staats- und Regierungssystem.

Nachdem eine Vereinbarung zwischen Cemal Pasa und den Entente-Mächten vor allem am Widerstand Englands nicht zustande kam - England stimmte einer Erhaltung des Kalifats und der osmanischen Staatsgebiete: Großsyrien, Palästina, Iraq und der arabischen Halbinsel nicht zu - suchte man nach anderen Persönlichkeiten innerhalb der osmanischen Armee, die den britischen Interessen mehr entgegen kamen.

In der Schlacht von Gallipoli führte Mustafa Kemal die osmanischen Truppen bei "Anaforta", einem der strategisch gefährlichsten Positionen in der Nähe der Dardanellen, an. Die Kämpfe konzentrierten sich auf eine Anhöhe, an deren Fuß sich die Briten und an deren Spitze sich die Türken befanden. Die Briten versuchten, die strategisch wichtige Spitze zu erstürmen. Die Kämpfe dauerten mehrere Tage an, ohne dass eine der beiden Seiten die Schlacht für sich entscheiden konnte. Die jeweiligen Positionen wurden gehalten und die Kämpfe fortgesetzt. Monatelang ging es so weiter, bis die Briten in einer Nacht plötzlich ihre Stellungen räumten und klammheimlich verschwanden. Der strategisch wichtige Küstenstreifen Gallipolis, den sie vorher erobert hatten, wurde kampfflos aufgegeben. Die Kriegsschiffe wurden in einer erstaunlichen Schnelligkeit beladen und abgezogen. Dieser Rückzug war es, der die Schlacht von Gallipoli zugunsten der Türken beendete.

Mit dieser Schlacht erstrahlte Mustafa Kemals Stern am Himmel. Er erlangte einen großen Ruhm innerhalb der osmanischen Streitkräfte. Die Schlacht wurde mit einer breit angelegten Werbekampagne umgeben, in der Mustafa Kemal als großer Feldherr und ruhmreicher Sieger über die Engländer gefeiert wurde. Dieser Sieg änderte jedoch nichts an der skeptischen Haltung Mustafa Kemals gegenüber dem Kriegspartner Deutschland. Gestärkt durch seinen Sieg und der positiven Resonanz in Istanbul scheute er auch nicht, diese Meinung öffentlich zu vertreten und mit der politischen Elite in Istanbul Kontakt aufzunehmen.

Darüber hinaus deuteten zwei weitere Ereignisse darauf hin, dass Mustafa Kemal beabsichtigte, die Regierung in Istanbul zu stürzen und aus dem Kreis der Mittelmächte her auszutreten. Das erste Ereignis spielte sich ab, als Mustafa Kemal sich im Kaukasus aufhielt. Zur gleichen Zeit plante ein gewisser Major Yakup Cemil Bey mit einigen Gesinnungsgenossen einen Putsch gegen die Osmanische Regierung. Auf die Frage hin, wen der Major als neuen Regierungschef einsetzen würde, verwies er ohne zu Zögern auf Mustafa Kemal. Allerdings flog die Gruppe auf, und sie wurden entsprechend bestraft. Mustafa Kemal erreichte die Nachricht über diese Ereignisse durch einen gewissen Dr. Hilmi Bey, der am Komplott beteiligt war und nun Zuflucht bei Mustafa Kemal suchte. Die Weigerung Mustafa Kemals, Dr. Hilmi Bey an die Zentralregierung Istanbul auszuliefern, interpretierte man als Signal, dass Mustafa Kemal wirklich gegen die Regierung, in Istanbul zu opponieren schien.

Beim zweiten markanten Ereignis verweigerte Mustafa Kemal noch deutlicher den Gehorsam gegenüber der Zentralregierung in Istanbul. Im Laufe des Krieges erlitten die Truppen des Islamischen Staates eine empfindliche Schlappe gegen Russland, das die Stadt Erzurum in Nordostanatolien besetzen konnte. Kurz danach im März 1917 eroberten die englischen Truppen mit Hilfe der indischen Armee Bagdad. Schließlich drangen sie bis Mosul vor. Enver Pasa geriet als verantwortlicher Kriegsminister unter starken innenpolitischen Druck. Dabei wurde offen über seine Ablösung durch Mustafa Kemal spekuliert. Jedoch erinnerte man sich an die offenkundige Auflehnung Mustafa Kemals gegen die Politik des Osmanischen Staates und beließ

Enver Pasa in seinem Amt.

Enver Pasa bat die verbündeten Deutschen um Unterstützung, welche diese ihm auch gewährten. General Volkenheim wurde mit einer Reihe von Beratern beauftragt, Teile der Osmanischen Armee zu restrukturieren. In Aleppo wurde das neue Hauptquartier aufgeschlagen. Mustafa Kemal wurde dabei zum General ernannt. Trotzdem ließ er kaum eine Gelegenheit aus, die osmanische Politik zu kritisieren und das Ende der Zusammenarbeit mit den Deutschen zu fordern. Er weigerte sich sogar, Befehle Volkenheims entgegenzunehmen und beharrte auf seiner Meinung, dass eine Wiedereroberung Bagdads sinnlos sei. Mustafa Kemal opponierte deutlich gegen die Zentralregierung in Istanbul.

Sultan Mehmet V. Resat starb am 3. Juli 1918. Die Nachfolge trat Sultan Mehmet V. an. Mustafa Kemal nutzte seine Beziehungen zum neuen Kalifen für einen Versuch aus, seinen Ansichten Geltung zu verschaffen. Er forderte den Kalifen auf, das Bündnis mit Deutschland aufzugeben und sich aus dem 1. Weltkrieg herauszuziehen. Obwohl der neue Kalif den Worten Mustafa Kemals Gehör schenkte, änderte sich an der Politik und Strategie des Osmanischen Staates nichts. Niemand ahnte zu diesem Zeitpunkt, was Mustafa Kemal wirklich im Schilde führte.

Das Ende des ersten Weltkrieges und der endgültige Aufstieg Mustafa Kemals

Der Verlauf des ersten Weltkrieges in Europa war wechselhaft. Am Ende jedoch besiegte die Entente mit Hilfe der Vereinigten Staaten die Mittelmächte. Deutschland und Österreich-Ungarn waren besiegt.

Im Spätsommer 1918, also kurz vor Kriegsende, mobilisierten die Briten alle ihre vorhandenen Kräfte gegen den Islamischen Staat. Ein Teil der britischen Flotte postierte sich vor Palästina, das noch von Streitkräften der Muslime kontrolliert wurde. Der deutsche General Volkenheim wurde durch den deutschen General Lieman von Sanders ersetzt, der weiterhin die Unterstützung Deutschlands für die Truppen des Islamischen Staates sichern sollte. Lieman von Sanders übergab Mustafa Kemal die Verantwortung über die siebente Armee. Am 19.

September 1918 starteten die Briten eine Großoffensive. Mustafa Kemal stellte sich nicht zum Kampf, sondern zog sich in einem ersten Schritt östlich des Jordans zurück. Danach zog Mustafa Kemal mitsamt der ganzen Armee nach Damaskus weiter.

Lieman von Sanders forderte Mustafa Kemal auf, eine Verteidigungslinie in der Nähe von Damaskus aufzubauen. Mustafa Kemal jedoch sah in einer solchen Maßnahme keinen Sinn und schlug statt dessen einen Rückzug nach Aleppo vor. Trotz der Vorbehalte von Sanders, der Syrien nicht ohne weiteres den Engländern überlassen wollte, zog sich Mustafa Kemal nach Aleppo zurück und übernahm für diese Entscheidung die volle Verantwortung. Er rechtfertigte diesen Verrat mit der Notwendigkeit, das türkische Territorium des Islamischen Staates zu verteidigen. Zeitgleich kontaktierte er den Sultan und versuchte ihn für die Umgestaltung der Regierung zu gewinnen. Im Rahmen dieser Umgestaltung beanspruchte er für sich den Posten des Verteidigungsministers.

Dieser Verrat Mustafa Kemals ist offensichtlich. Es gibt einige Indizien, die dafür sprechen, dass er mit den Briten kooperierte: So z.B. seine indirekte Kontaktaufnahme mit Lawrence ("von Arabien"), dem Offizier des britischen Geheimdienstes. Dieser Kontakt erfolgte durch die mit den Engländern kollaborierenden arabischen Fürsten, die ihm ein Ende des Krieges und einen separaten Frieden mit den Alliierten vorschlugen. Ferner ist sein kampffloser Rückzug aus ganz Syrien zu erwähnen und die de facto Übergabe des Landes an die Briten unter dem Vorwand, bei Aleppo eine Verteidigungslinie errichten zu wollen, um den türkischen Teil des Islamischen Staates zu verteidigen. Darüber hinaus hat er nur die türkischsprechenden Soldaten aus der islamischen Armee nach Aleppo abgezogen. Dies sind alles Indizien, die eine Kontaktaufnahme Mustafa Kemals mit den Briten wahrscheinlich machen. Auch sein feiger Abzug aus den heiligen Stätten Palästinas ist ein ungeheurer Verrat, der in der Folge die Errichtung des Staates Israel ermöglichte.

Wenig später war der erste Weltkrieg mit der Niederlage des Osmanischen Staates besiegelt. Die Briten begannen nun die Früchte ihrer Separationspolitik zu ernten. Ein Teil des Sykes-Picot-Abkommens aus dem Jahre 1916 wurde nun umgesetzt. Das

Abkommen sah eine Aufteilung des Nahen Ostens unter Engländern und Franzosen in Interessensgebiete vor. Großbritannien sollte Mesopotamien von Bagdad bis zum Persischen Golf erhalten. Für Frankreich wurde der Libanon, das westliche Syrien und das südöstliche Anatolien vorgesehen. In Palästina sollte zwischen Akko und Gaza eine internationale Zone eingerichtet werden. Um die Interessen Russlands scheinbar zu befriedigen, wurden ihm die Dardanellen und der Bosphorus zugesprochen.

Nach dem Ende des 1. Weltkrieges schloss sich Großbritannien mit den Separatisten innerhalb des Islamischen Staates kurz und ermöglichte über direkte Verhandlungen mit ihnen die Errichtung der heutigen künstlichen Staaten in der islamischen Welt. Dieses Verhalten war völkerrechtswidrig, da die meisten Gebiete noch zum Osmanischen Staat gehörten und eigentlich direkte Verhandlungen mit dem Sultan in Istanbul hätten geführt werden müssen. Nach und nach entstanden von den Briten unterstützte Regime, deren Herrscher, wie Abdullah, Faisal oder die Familie Saud fortan treu den Briten ergeben waren. Diese "Loyalität" ermöglichte erst die Zerstörung des Islamischen Staates und später die Errichtung Israels im Herzen der islamischen Welt.

Die Entente-Mächte hatten durchaus die Möglichkeit, den Osmanischen Staat vollständig zu besetzen und ihn unter sich aufzuteilen. Jedoch war den Briten mehr als bewusst, dass eine bloße Okkupation des Islamischen Staates nicht seine endgültige Zerstörung bedeuten würde, weil dies einen stärkeren Widerstand provoziert hätte. Denn die Idee des Kalifats hätte in den Herzen der Menschen weitergelebt. Es wäre lediglich eine Frage der Zeit, bis die Muslime den Widerstand gegen die Okkupanten formiert hätten. Selbstverständlich hätten sie dann die Errichtung eines neuen Islamischen Staates, eines Kalifats angestrebt. Nein, die Zerstörung des Islamischen Staates musste - so der Wille der Engländer - endgültig sein. Von daher wurden fortan der Reihe nach die Abspaltung der arabischen Territorien vom Osmanischen Staat, die Absetzung des Sultans, die Zerstörung des Kalifats und die Errichtung einer neuen türkischen Republik angestrebt. Um dies zu realisieren, unternahmen die Briten zahlreiche Vorstöße innerhalb des Osmanischen Staates durch ihre Mittelsmänner. Dabei sollte Mustafa Kemal eine ganz zentrale Rolle spielen. Mustafa Kemal war einer der wenigen Menschen im Osmanischen Staat, welche die

Zerstörung des Kalifats befürworteten. Viele Muslime taten sich bereits mit der Vorstellung schwer, dass sich die arabischsprachigen Gebiete des Osmanischen Staates, wie Syrien, der Hidschaz u.a. abspalten würden, keiner jedoch - bis auf unrühmliche Ausnahmen wie Mustafa Kemal - konnte sich eine Abschaffung des Kalifats vorstellen.

1919 besetzten die Griechen Izmir und richteten unter der Bevölkerung Izmirs ein abscheuliches Blutbad an. Die Szenen, die sich dort ereigneten, erinnern an die Massaker, die die Serben Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts in Bosnien-Herzegowina begingen. Mustafa Kemal traf kurz danach in der Region ein, um den Widerstand gegen die Griechen zu formieren. Die Briten unterstützten indirekt diesen Widerstand, indem sie alles daran setzten, die Person Mustafa Kemals zu heroisieren. Von den wahren Absichten Mustafa Kemals, das Kalifat zu zerstören, konnte damals noch niemand ahnen. Mehrere Ereignisse trugen dazu bei, den Ruf Mustafa Kemals als Befreier und Held zu fördern.

Die Briten ließen durchsickern, dass sie die Okkupation von Sivas über den Schwarzmeerhafen Samsun ins Auge fassten. Mustafa Kemal beorderte seinen Mitstreiter Rifat Pascha nach Samsun und gab ihm die Anweisung, Samsun um jeden Preis zu verteidigen. Als die englische Flotte Samsun erreichte, waren die Truppen Rifat Paschas anwesend. Es kam jedoch zu keiner Konfrontation, da die Briten den Hafen kampfflos verließen. Sofort wurde dieser Abzug zur Propaganda genutzt. Die Briten hatten angeblich Angst und hätten sich deswegen zurückgezogen. Samsun und Sivas waren damit gerettet.

Die Griechen, die Izmir weiterhin besetzt hielten, drangen nun tiefer ins Hinterland Kleinasiens ein, was die Muslime mit heftigem Widerstand beantworteten. Mustafa Kemal entsandte seine Mitstreiter in die zahlreichen Dörfer, um die Menschen dort für den Widerstand zu gewinnen. Daraufhin drangen seine Truppen ins griechische Viertel Izmirs ein und zerstörten es. Die Antwort der Griechen folgte prompt. Sie begannen systematisch die türkischsprachigen Muslime in Izmir zu töten. Die Briten protestierten bei der Zentralregierung in Istanbul gegen das Vorgehen Mustafa Kemals. Der Sultan forderte von Mustafa Kemal, seine Scharmützel gegen die Griechen zu beenden. Als dieser sich weigerte, setzte ihn der Sultan ab. Jedoch war der Einfluss

Mustafa Kemals bereits so groß, dass er die Macht weiterhin in Händen hielt.

Fast parallel hierzu wurde im August 1919 in der Stadt Erzurum eine kleine Konferenz abgehalten, in der sich führende Politiker Ostanatoliens zusammenfanden. Ziel der Konferenz war die Suche nach Maßnahmen, um die Einheit des Osmanischen Staates zu wahren. Dabei wurde Mustafa Kemal trotz Abwesenheit zum Vorsitzenden der aus der Konferenz entstandenen Organisation gewählt. Die Organisation erkannte den Sultan und seine Regierung sowie die islamische Verfassung an. Diese Konferenz war der Vorbote der Konferenz von Sivas, die weitreichende Konsequenzen nach sich ziehen sollte.

Die Konferenz von Sivas

Die Situation des Kalifen in Istanbul war äußerst heikel. Zum einen spürte er, dass Mustafa Kemal und seine Mitstreiter einen Widerstand gegen Istanbul formierten. Zum anderen machten die Briten dem Kalifen unmissverständlich deutlich, dass sie eine Zerschlagung der Bewegung von Mustafa Kemal unter keinen Umständen dulden würden.

Der Kalif konnte demnach nur zuschauen, wie sich am 2. August 1919 Mustafa Kemal und weitere Politiker aus Ostanatolien in der anatolischen Stadt Sivas zu einer Konferenz einfanden. Mustafa Kemal beabsichtigte, durch die Konferenz seinen verräterischen Widerstand gegen den Kalifen und somit gegen den Islam zu legitimieren. Diese Absicht wurde bereits bei der Wahl des Konferenzpräsidenten deutlich. Mustafa Kemal proklamierte diesen Posten für sich, ohne sich zuvor mit den anderen Konferenzteilnehmern abzustimmen. Als dann Kritik an seinem diktatorischen Führungsstil geübt wurde, raffte sich Mustafa Kemal zu einer propagandistischen Rede auf und konnte somit seine Kritiker verstummen lassen.

Die erste Hälfte der Konferenz verlief nicht so recht nach Mustafa Kemals Geschmack. Die Teilnehmer weigerten sich, von einer neuen Regierung in Sivas zu sprechen. Darüber hinaus wurden Stimmen laut, sich mit den Amerikanern zusammenzusetzen, um über die Zukunft

des Osmanischen Staates zu reden. Viele der Teilnehmer sahen in einem Bündnis mit den USA keine Gefahr für die Unabhängigkeit des Osmanischen Staates. Sie misstrauten den Briten, die sie für die Misere des Osmanischen Staates und seine Niederlage im 1. Weltkrieg verantwortlich machten. Vor allen Dingen waren sich die Konferenzteilnehmer in einer Sache mehr als einig. Ihre Loyalität galt weiterhin uneingeschränkt dem Kalifen und dem Kalifat. Niemand, außer Mustafa Kemal, konnte sich eine Zukunft ohne das Kalifat und somit quasi ohne den Islam vorstellen.

Während der Konferenz kam es zu Protesten einiger kurdischer Stämme gegen die Zentralregierung in Istanbul, die Mustafa Kemal sofort zur Formulierung eines eigenen Protestes nutzte. Er forderte eine neue Regierung in Istanbul. Trotz eines deutlich zu vernehmenden Murrens konnte Mustafa Kemal diese Forderung in Form eines Abschlussdekretes den Konferenzteilnehmern abringen, was allgemein als Erfolg für Mustafa Kemal interpretiert wurde.

Jedenfalls konnte Mustafa Kemal zwei wesentliche Erkenntnisse aus dem Konferenzverlauf ziehen. Zum einen war er der wohl einzige im ganzen Land, der - nicht öffentlich - für eine Aufhebung des Kalifats eintrat. Zum anderen musste er sich der Unterstützung des Militärs sicher sein. Denn ohne diese wäre ein Vorgehen gegen die Regierung in Istanbul undenkbar. Deswegen war Mustafa Kemal gemeinsam mit den Briten bestrebt, sich diese Unterstützung durch geschickte politisch-taktische Schritte zu sichern

Der Verlauf der Konferenz wurde in Istanbul anders wahrgenommen. Man interpretierte die Konferenz als Revolte und war von der angeblichen Zustimmung der Teilnehmer - sie lag in Wirklichkeit nicht vor - mehr als beunruhigt. Dennoch sah sich die Zentralregierung in Istanbul nicht in der Lage, diese Revolte niederzuschlagen. Die im 1. Weltkrieg siegreichen Entente-Mächte im Allgemeinen und die Briten im Speziellen hinderten den Kalifen massiv daran, diese Bewegung militärisch zu bekämpfen, ein deutliches Indiz dafür, dass die Engländer in Mustafa Kemal ihren Mann hatten und ihn um jeden Preis halten wollten. Mehr noch, sie gestalteten aktiv das Mosaik, welches Mustafa Kemal zum angeblichen Helden hochstilisierte.

Ankara wird zum selbsterwählten Stützpunkt Mustafa Kemals

Gestärkt durch den für ihn halbwegs positiven Ausgang der Konferenz in Sivas begann Mustafa Kemal seinen Widerstand gegen Istanbul auf eine neue populistische Formel zu bringen. Er forderte eine neue Regierung, da er die Unabhängigkeit der damaligen Regierung nicht mehr gewahrt sah. Er warf der Regierung in Istanbul vor, dass sie von fremden Mächten dirigiert wurde. Mit anderen Worten: Mustafa Kemal scharte seine Anhänger mit der Forderung nach Unabhängigkeit um sich und verschleierte somit seine wahren Motive für das Vorgehen gegen den Kalifen.

Im weiteren Verlauf des Jahres 1919 fanden Parlamentswahlen statt, die als Ergebnis eine neue Regierung unter der schwachen Führung von Ali Reza Pascha zur Folge hatten. Mustafa Kemal war zu dem Zeitpunkt bereits in seiner Wahlheimat Ankara, wo er zuvor von den Einwohnern der Stadt begeistert empfangen worden war. Dort wählte man ihn auf Anhieb zum Abgeordneten und zum Vertreter von Ankara. Allerdings kam er der Bitte der Bevölkerung Ankaras nicht nach, das neue Parlament in Istanbul zu eröffnen. Fortan versuchte er weiter gegen den Kalifen vorzugehen, ohne jedoch Zuspruch zu erhalten.

Ankara wird zur Hauptstadt der kemalistischen Parallelregierung

Mustafa Kemal entschied sich zu einem zweiten Anlauf, nachdem er jede Hoffnung verloren hatte, durch das Parlament in Istanbul an die Macht zu kommen. Er stattete seine Truppen aus und bereitete sie auf einen Kampf vor, während ihm Gelder und Waffen aus Istanbul zugeschickt wurden, ohne dass die in Kenntnis gesetzten britischen und französischen High Commissioners intervenierten.

Trotz der Überwachung des britischen High Commissioners gelang es Mustafa Kemal, mit Waffen und Munition gefüllte Lastwägen auf der Halbinsel Gallipoli zu sammeln. Die Tatsache, dass die Briten zu diesem Zeitpunkt nicht eingriffen, führt prägnant vor Augen, dass sie es waren, die Mustafa Kemals Rücken stärkten, seine Pläne vorbereiteten und sie initiierten. Ein Guerillakrieg brach gegen die Alliierten aus, was dazu führte, dass die italienische Garnison aus Biria, die französische, und die britische aus Anatolien evakuiert wurden. London und Paris verlangten ein absolutes Stop der militärischen Operationen, was

allgemein unbeachtet blieb.

Am 7. März 1920 zwangen die Alliierten Ali Reza, zurückzutreten. Er wurde vom Minister der Kriegsmarine Salih Pascha ersetzt, der einen Monat später auch zurücktrat. Nun zielten alle Maßnahmen auf die militärische Besetzung Istanbuls ab. Paris und Rom stimmten darin überein, dass Großbritannien, Frankreich und Italien an dieser Aktion teilnehmen sollten. Jedoch schickte Großbritannien allein ihre Marine, und sie nahm Istanbul erfolgreich ein.

Hierauf intervenierten Frankreich und Italien, um das eigenmächtige Handeln Großbritanniens zu unterbinden, und das Gleichgewicht der Mächte zu bewahren. In diesem Sinne forderten sie die Teilnahme an der Regierung, was aber die Briten nicht zuließen. So marschierten die Briten in die Stadt ein, vereinnahmten die Regierungsgebäude und verhafteten eine große Anzahl von Vertretern der Partei Mustafa Kemals, sowie den Premierminister Said Halim. Istanbul war nun von Alliierten besetzt, die das Kriegsgesetz deklarierten und die Zensur in Presse, Post und Regierung durchsetzten. Diese Maßnahmen wurden vom Sultan unterstützt, was allgemein eine nachteilige Wirkung auf sein Ansehen hatte. Anschließend wurde das Parlament offiziell aufgelöst.

Damad Ferid Pascha, der Nachfolger von Salih Pascha, bildete auf Wunsch der Briten am 5. April 1920 eine neue Regierung und führte das Land in despotischem Stil. Im Anschluss daran verhängte der Sultan die Todesstrafe über Mustafa Kemal und seine Helfer. Daraufhin befahl Mustafa Kemal der türkischen Garnison, die Briten anzugreifen und die Stadt Eskisehir zu belagern, in der ein britischer Zug stationiert war. Den türkischen Truppen gelang es, die Stadt zu besetzen und die alliierten Mächte mussten aus ganz Anatolien evakuiert werden. Hierbei ist es wichtig festzuhalten, dass es keine kriegerische Kollision mit den Briten gab, lediglich einen kleineren Zusammenstoß mit den Italienern bei Konya. Durch diese Operationen wurde die Konstellation in beiden Lagern augenscheinlich: Die Briten, unterstützt vom Kalifen und der Regierung, auf der einen Seite, und Mustafa Kemals Partei, "als Befreier der Nation", für die das ganze Volk eintrat, auf der anderen Seite.

So kam Mustafa Kemal, den das Volk als Anführer im Befreiungskampf

gegen die Briten sah, in die Oppositionsrolle zur Regierung. Inmitten dieser günstigen Ausgangslage ergriff er im Interesse des Parlamentskomitees, welches nicht aufgelöst wurde, die Gelegenheit, neue Wahlen anzukündigen. Auch versprach er, dass das neue Parlament keine Verbindung zu der alten Versammlung haben werde und, dass es kein osmanisches Parlament sein werde, sondern eine nationalistische, gesetzgebende Institution mit beispielloser Macht. Seine Sitzungen fanden in Ankara, das als Machtzentrum ausgewählt wurde, statt. Es fanden aber keine Wahlen im eigentlichen Sinne statt, sondern künstliche Aktionen, die lediglich den Schein eines Wahlvorganges haben sollten. Diese umstrittenen "Wahlen" waren für die Kemalisten doch ein Erfolg, da sie als logische Sieger daraus hervorgingen und somit die Repräsentanten der Nation wurden.

Am 23. April 1920 fand die Nationalversammlung statt, die mit religiösen Feierlichkeiten eingeleitet wurde. Während ihrer Vorbereitung brachte Mustafa Kemal den Regierungsstab nach Ankara und führte somit den Regierungsapparat dort ein. Ferner kaufte er eine Presse und ein Journalistenteam, um u. a. eine eigene Zeitung herauszugeben.

All diese Maßnahmen bezweckten, Ankara zum Regierungssitz und zur Hauptstadt des Landes zu machen. Mustafa Kemal legte damit den Grundstein für die türkische Republik. Diese Initiative führte er mit größter Vorsicht und Verschwiegenheit durch, unter dem Vorwand, dass dieser Kampf ein Kampf gegen die fremde Besatzung und ein Krieg gegen die ausländischen Mächte sei. Während seiner Antrittsrede zur Nationalversammlung erklärte er, dass alle notwendigen Maßnahmen für die Aufrechterhaltung des Kalifats getroffen werden würden.

Da der Kalif in seinen Augen weder ein freier Herrscher war, noch irgendeine Souveränität genoss, verordnete er, dass die oberste Nationalversammlung sich vorläufig um die Angelegenheiten des Landes kümmern sollte. Aufgrund dessen wurde ein geschäftsführendes Komitee aufgestellt und mit den Angelegenheiten des Landes beauftragt. Mustafa Kemal wurde zu dessen Präsidenten gewählt, nachdem er zuvor zum Sprecher der Nationalversammlung ernannt wurde. Die Nationalversammlung traf eine Reihe wichtiger

Entscheidungen, z. B. erklärte sie alle Handelsabkommen und unterschriebenen Verträge zwischen der Regierung in Istanbul und den fremden Ländern für null und nichtig. Ein weiterer Beschluss setzte fest, dass alle Staatseinnahmen unter das Verfügungsrecht der Regierung in Ankara gestellt werden sollten.

So wurde eine Regierung in Ankara ausgerufen, die ein Parlament, staatliche Abteilungen und eine Armee besaß. Der Kalif stand nun vor der Entscheidung, die neue Regierung entweder abzuschaffen, oder sich ihr zu ergeben. Eine bewaffnete Konfrontation der beiden Lager wurde unvermeidlich. Der Kalif schickte Truppen in verschiedene Regionen aus, um die Menschen für den Kampf gegen Mustafa Kemal zu gewinnen. Außerdem forderte er auch die ganze Umma auf, das Kalifat zu verteidigen. Zu diesem Zeitpunkt war die Loyalität gegenüber dem Kalifen noch sehr groß, sodass alle Provinzen ihm den Rücken stärkten. So war die Armee des Kalifen in der Lage, Mustafa Kemals Streitkräfte überall zu schlagen. Mustafa Kemal und seine Gefolgsleute gerieten in Ankara in eine Notlage, viele von ihnen dachten darüber nach, sich dem Kalifen zu ergeben und sich ihm anzuschließen. Zu diesem Zeitpunkt hing Mustafa Kemals Leben an einem seidenen Faden. Genau zu dem für ihngünstigen Zeitpunkt wurden die Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages, der über ein Jahr zuvor in Paris unterschrieben worden war, wie ein Paukenschlag im ganzen Land bekannt gegeben.

Es war dies der Vertrag von Sévres, den der Kalif akzeptiert und den der Premierminister Damad Ferid Pascha unterschrieben hatte. Die türkische Bevölkerung hatte keine Ahnung von den bewusst geheimgehaltenen Bedingungen, die erst in dieser Notlage Mustafa Kemals, nach über einem Jahr, gezielt ans Licht der Öffentlichkeit gebracht wurden.

Dadurch richtete sich die Meinung der Bevölkerung in jedem Teil des Landes gegen den Kalifen und den Premierminister. Die Erklärung des britischen Premiers Lloyd George, die das Ziel der Alliierten beinhaltete, die nicht-türkischen Nationen vom Joch der Türken zu befreien, verbreitete sich wie ein Lauffeuer unter den Massen, so dass die Empörung wuchs und sich schließlich der Groll gegen die Briten und ihre "deklarierten" Marionetten, nämlich den Kalifen und seinen

Premierminister, richtete. Dieser zwielichtige Umstand war zweifellos von den Briten eingefädelt worden, um Mustafa Kemal aus dieser schwierigen Situation zu retten und dem Kalifen einen Schlag zu erteilen, so dass eine zweite Regierung im Land geschaffen werden konnte. Aufgrund dessen lösten sich die Menschen vom Kalifen und schlossen sich Mustafa Kemal an.

Die Macht des Sultans reduzierte sich auf ein Minimum und die Armee des Kalifen war besiegt. Die Menschen schworen Rache an Damad Ferid Pascha, der den Vertrag unterschrieb und damit das Land aufgab. Infolgedessen gewann Ankara die Kontrolle über die Situation zurück und Mustafa Kemal wurde zur Erlöserfigur hochstilisiert, so dass er sich der Unterstützung des Volkes in der Realisierung seiner Pläne gewiss sein konnte. Der Grund für diese gewaltige Verbitterung des Volkes bestand darin, dass die entsetzlichen Klauseln des Vertrages das Ende des osmanischen Reiches besiegelten und die Türkei auf Gebiete unter britischen, französischen und italienischen Einfluss reduzierten. Somit gewann Mustafa Kemal die zweite Phase, welche die Schaffung einer zweiten Regierung im Land mit Ankara als ihr Zentrum zur Folge hatte. Schließlich gewann er die Oberhand über das Land und die Armee.

Mustafa Kemal bereitet mit Unterstützung der Briten die Abschaffung des Kalifats vor

So endete die zweite Phase mit der Gründung einer zweiten Regierung in Ankara, das zum Träger der Macht wurde. Inzwischen war die Regierung in Istanbul machtlos und ohne Autorität. Kaum hatte sich die zweite Regierung etabliert und die Kontrolle über das Land gewonnen, rief Großbritannien auch schon infolge der Ereignisse zur Konferenz von London auf, an welcher eine Anzahl von Vertretern Griechenlands und der Türkei teilnehmen sollten. Die Absicht für das Abhalten der Konferenz, die als offizielle Friedenskonferenz vorgesehen war, sei die Suche nach einer Lösung für die Krise im Osten. Das konnte nur die Prüfung der Friedensbedingungen des Vertrages von Sèvres bedeuten, der erneut zum Gegenstand der Diskussion wurde. Dieser hatte nämlich zuvor keine Wirkung, da kein einziger Artikel erfüllt werden konnte, was verdeutlicht, dass Großbritannien ihn nur zur Realisierung ihrer eigenen Ziele nutzte. Diese Tatsache zog große Aufmerksamkeit auf sich, denn das Ergebnis des Vertrages war zugunsten

Großbritanniens, das jetzt eine Überprüfung verlangte.

In dieser Zeit ging die Nationalversammlung in eine dauerhafte Versammlung über. Sie entwarf auch eine Verfassung, die eine große Diskussion über die Bedeutung des Kalifats auslöste. Mustafa Kemal war gezwungen, unter dem Druck der überwältigenden Mehrheit in der Nationalversammlung, deutlich in der Verfassung darzulegen, dass das Kalifat aufrechterhalten bliebe. Jedoch weigerte sich der Sultan, die Nationalversammlung und die von ihr entworfene Verfassung anzuerkennen, da ihre Anerkennung die effektive Beseitigung des Kalifats bedeutet hätte, auch wenn die Verfassung seinen nominellen Schutz beinhaltete. Zusätzlich setzte die Verfassung fest, dass die Nation der Ursprung der Gesetzgebung sei und dass die Nationalversammlung das absolute Recht bekomme, die Souveränität des Volkes zu repräsentieren. Ferner entscheide sie über Krieg und Frieden. Für den Sultan war es folglich unmöglich, diese Verfassung zu akzeptieren.

Als Großbritannien zur Konferenz aufrief, sandte es Mustafa Kemal im Namen der Alliierten eine direkte Einladung nach Ankara. Dieses wurde als eine deutliche Anerkennung der Ankara-Regierung durch die Alliierten betrachtet, so dass schließlich zwei Delegationen an der Londoner Konferenz teilnahmen, die im Februar 1921 stattfand. Tawfiq Pascha war der Kopf der Delegation des Kalifen, während Bakir Sami Bey die Ankara-Delegation anführte. Tawfiq Pascha übertrug Bakir Sami Bey das Recht, für beide Delegationen zu sprechen, so dass Istanbul ruhig blieb und nur die Stimme Ankaras erhoben wurde.

Es stellt sich die Frage, welche Position die neue Ankara-Regierung einnahm, die noch kein einziger Staat anerkannt hatte, und warum sie zu der internationalen Konferenz eingeladen wurde. Ist das nicht ein ausreichender Beweis dafür, dass die Gründung dieser Regierung in Ankara von den Briten inszeniert wurde, um sie zuerst an den Friedensverhandlungen teilnehmen zu lassen und sie dann zum alleinigen Unterhändler über die endgültigen Friedensbedingungen zu machen? Der Kalif hätte die Teilnahme der Ankara-Regierung neben seiner Regierung ablehnen müssen, denn sonst bedeutete dies ihre offizielle Anerkennung. Außerdem legte die Präsenz zweier Regierungen im Land, die dem Feind gegenüberstanden und über Friedensbe-

dingungen verhandelten, extreme Schwäche offen. Tatsächlich duldete der Kalif es, was aber nicht das Versagen der Konferenz verhindern konnte. Diese wurde beendet, ohne irgendetwas erreicht zu haben, außer dass Frankreich und Italien gezwungenermaßen Gebiete abtreten mussten.

Ungeachtet der Präsenz der legitimen Regierung des Kalifen, stellte Mustafa Kemal Kontakte mit anderen Staaten her, die wiederum mit ihm verhandelten und auch Verträge mit ihm unterschrieben. So stärkten Frankreich und Italien, die nicht im geringsten mit dem Ausgang der Konferenz zufrieden waren, und Russland, das Kemal für sich gewinnen konnte, seinen Rücken. Infolgedessen blieb nur eine Angelegenheit offen, nämlich die Griechenlandkrise, die Kemal durch einen Krieg lösen wollte. Da machte er sich daran, aufzurüsten und sein Heer zu vergrößern. Frankreich evakuierte Cilicia und zog seine Truppen von dort zurück, wo Kemal sein Heer aufstellte.

Diese Tatsache beunruhigte die Griechen, die bemerkten, dass die europäischen Staaten sie im Stich ließen, besonders Großbritannien. Daher fürchteten sie, dass die Türkei gegen sie einen Schlag vorbereiten würde. Aufgrund dessen entschloss sich Griechenland, einen Angriff gegen die Türkei zu starten, ohne auf die Erlaubnis der Alliierten zu warten, die es gegen sich vermutete. Als die Alliierten dies wahrnahmen, versuchten sie, eine Annäherung zwischen sich und der Türkei herbeizuführen. Jedoch schien es für die Griechen nur eine Verzögerungstaktik zu sein, mit dem Ziel, den Türken die Möglichkeit zu geben, weiter aufzurüsten. Daher griffen sie die Türkei umgehend an, sodass ein Krieg zwischen ihnen ausbrach, der anderthalb Jahre dauerte.

Kaum waren diese Feindseligkeiten ausgebrochen, erklärten die Alliierten offiziell ihre Neutralität. Dies schien äußerst merkwürdig, da der Osmanische Staat noch unter britischer Besatzung stand. Daher hätte sich jeder Kampf, der in der Türkei stattfand, zweifellos auf die Position der Besatzer ausgewirkt. Gerade in dieser kritischen Situation einen neutralen Standpunkt einzunehmen, war unverständlich. Zwar bot sich die britische Regierung an, als Vermittler zwischen Griechenland und der Türkei zu fungieren, aber Griechenland lehnte es kategorisch ab, da es hinter Kemal die Briten vermutete. So wurde

weitergekämpft.

Der Kampf hatte seine Höhen und Tiefen und ging von einem bloßen Guerillakrieg gegen die Griechen in einen wohlorganisierten Krieg über. Währenddessen fanden sinnlose Verhandlungen mit den Griechen statt, in denen ihnen Kemal eine Menge Zugeständnisse machte, die aber alle abgelehnt wurden. Als am 7.9.1922 die Nachricht kam, dass die Offensive der Griechen scheiterte und sie sich zurückzogen, startete die türkische Armee einen Gegenangriff, worauf schließlich Großbritannien, Frankreich und Italien Waffenstillstand forderten. Dieser trat am 11.9.1922 in Kraft, so dass der Krieg zwischen Griechenland und der Türkei zu einem Ende kam.

Der Rückzug der Griechen war keine Konsequenz einer entscheidenden Schlacht zwischen ihnen und Kemal, da sie zu dem Zeitpunkt die Oberhand über die Situation hatten. Auch war die türkische Streitmacht besiegt, ihre Moral am tiefsten Punkt angelangt, und Verzweiflung begann sich breit zu machen. Es steht außer Frage, dass ein internationaler Druck auf den Griechen lastete, welcher sie zwang, sich zurückzuziehen. Dieser Druck wurde unzweifelhaft von den Alliierten ausgelöst, weil Großbritannien, Frankreich und Italien es waren, die den Waffenstillstand verlangten. So trat der Waffenstillstand ein. Die Briten nutzten die Schlachten zwischen den Griechen und Türken als ein Mittel für Kemal, das Kalifat abzuschaffen. Besonders Großbritannien machte viel Propaganda für Kemal innerhalb und außerhalb der Türkei, bis er schließlich als der Sieger und Eroberer gefeiert wurde, der die Griechen und die Alliierten vertrieb. Das ermöglichte ihm, sich im Land zu etablieren, was sich fatal auf die Muslime und die Herrschaft des Islam auswirken sollte.

Als Frankreich, Italien und Großbritannien am 15.5.1921 ihren neutralen Standpunkt erklärt hatten, errichteten sie ein neutrales Gebiet, das sich vom Bosphorus bis zu den Dardanellenküsten erstreckte. Beide Streitparteien durften dieses Gebiet nicht passieren. Tatsächlich aber versuchten die Griechen, bevor sie Istanbul besetzen wollten, diese Zone zu passieren. General Harrington, Oberkommandant der alliierten Kräfte, hinderte sie daran. Auch Kemal ignorierte dieses Verbot, so dass er bis in die Nähe der Dardanellen vorrückte. Daraufhin bereitete sich General Harrington auf eine

endgültige Auseinandersetzung vor. Obwohl er der Türkei eine Warnung schickte, die von den Alliierten unterstützt wurde, schenkte ihr Kemal keine Beachtung. Großbritannien rüstete auf und verlangte, dass Frankreich und Italien seinem Beispiel folgen. Diese aber lehnten es ab und zogen sich aus der neutralen Zone zurück, so dass Großbritannien auf sich allein gestellt war.

Die Angelegenheit war nicht mehr eine Angelegenheit der Türken und der Alliierten, vielmehr eine Angelegenheit zwischen den Türken und den Briten allein. Die türkischen Streitkräfte trafen auf die britischen. Jedoch fanden keine Zusammenstöße zwischen beiden Seiten statt, obwohl Großbritannien mit seinen Landtruppen in der Lage gewesen wäre, das türkische Heer eine vernichtende Niederlage erleiden zu lassen. Es standen Kampfflugzeuge und Schiffe in Bereitschaft, womit Kemal nicht dienen konnte. Die britischen Truppen schienen verwirrt zu sein, da die Befehle, die sie erreichten, zum einen beinhalteten, dass sie die Türken vom Passieren der Zone abhalten sollten, und ihnen zum anderen verboten, Waffen einzusetzen und Gewalt anzuwenden. Nachdem ein französischer Gesandter Kemal zusicherte, dass die Griechen sich zurückziehen würden, befahl Kemal seinen Truppen, ihr Vorrücken zu stoppen. Die Alliierten stimmten dem zu und vertrieben die Griechen, so dass die Ankara-Regierung die Zügel der Macht wieder in Händen hielt. So war keine fremde Garnison mehr in der Türkei vorhanden, außer der britischen Armee. Dies wurde auch als Sieg Kemals über die Alliierten gefeiert, obwohl ein vernünftiges Urteil bestätigen würde, dass diese theatralischen Handlungen mit den Briten arrangiert waren, um ihre Verbündeten zu entfernen und schließlich allein im Land zu bleiben.

Damit war die Phase der Inlandsaktionen beendet, und Kemal machte sich daran, seine wahre Absicht zu realisieren, nämlich die Abschaffung des Kalifats. Als Politiker und Offiziere dies wahrnahmen, bildeten sie gegen ihn in der Nationalversammlung eine überwältigende Mehrheit. Dabei machten sie deutlich, dass sie und auch ein Teil der Armee, der ebenso dachte, sich in dieser kritischen Angelegenheit gegen ihn stellen würden. Daraufhin erklärte Kemal, dass die Verfassung nicht endgültig sei und sie vielmehr eine Menge allgemeiner Prinzipien zur Führung beinhaltete und eine Richtschnur für diejenigen sei, die das Land in einem demokratischen System, frei von Chaos, regieren

wollen. Er bezeichnete diejenigen, die in Wirklichkeit seine wahren Absichten durchschauten, als realitätsfern. Diese Erklärung hatte seine Wirkung, so dass sich der Sturm wieder legte. Kemal wusste nun, dass er, bevor er sein Vorhaben, nämlich die Gründung einer Republik, in Angriff nehmen konnte, ein großes Heer bräuchte, das ihm blind ergeben war. Nachdem er ein solches Heer vorbereitet hatte und durch die Propaganda der Briten in der Türkei und in der islamischen Welt unterstützt wurde, kam sein Vorhaben dem Ziel ein Stück näher.

Das Ende des Kalifats

Allein durch die Überprüfung all der in der Türkei stattgefundenen Ereignisse, von dem Mondros-Waffenstillstand bis zur ersten Konferenz von Lausanne, wird augenscheinlich, dass die Briten mit äußerster Geschicklichkeit eine schmutzige Rolle bei der Zerstörung des Kalifats spielten. Der britische General Harrington war der Oberbefehlshaber der alliierten Armee, der die totale Kontrolle über Istanbul und die türkischen Gebiete inne hatte. Dieses bedeutete zugleich, dass die Türkei von der restlichen islamischen Welt isoliert war. So war die Zeit zum Handeln günstig. Die britischen Aktivitäten konzentrierten sich auf die Zerstörung des Kalifats und die Entfernung ihrer Verbündeten aus der Türkei. Großbritannien initiierte seine Manöver mit Böswilligkeit und größter Geschicklichkeit, wobei es nicht einmal vor dem Ausbruch eines Bürgerkrieges zurückschreckte. Mustafa Kemal war der Mann, dem in diesem schrecklichen Vorhaben die Schlüsselrolle zukam. Ohne seine Hilfe wäre diese Verschwörung zum Scheitern verurteilt gewesen. Den Hauptkontakt hatte er mit Harrington, der die Kontrolle über alle Angelegenheiten hatte und als höchste Autorität in der Türkei betrachtet wurde. So wurde die letzte Phase der Zerstörung des Kalifats eingeleitet und ihm der tödliche Stoß versetzt.

Nach dem Eintreten des Waffenstillstands im Juli 1922 war das Land frei von fremden Besatzern - mit Ausnahme der Briten. Demzufolge war Harrington der alleinige Vermittler, durch dessen Einfluss die Popularität und Macht Kemals nun ihren Höhepunkt im ganzen Land erreichte. In der Zwischenzeit war die Regierung in Istanbul nur mehr eine nominelle Regierung, die kein Mitspracherecht mehr in den Staatsangelegenheiten besaß, da die volle Autorität in den Händen der Regierung in Ankara lag. Während der Sultan unbeachtet in seinem

Palast blieb, bemitleideten ihn die Briten und gaben ihm von Zeit zu Zeit Geld, um die leere Kasse zu füllen. Inmitten dieses Status Quo in der Türkei schickten die alliierten Staaten, Großbritannien, Frankreich und Italien, am 17. Oktober 1922 sowohl der Ankara-Regierung als auch der Regierung des Sultans in Istanbul eine Einladung, an der Konferenz in Lausanne teilzunehmen, um den Friedensvertrag zu unterschreiben.

Diese Einladung der beiden Regierungen im Land wurde von der Nationalversammlung in Ankara, die dieser Situation und somit ihrer Zweitrolle ein Ende setzen wollte, verärgert zur Kenntnis genommen. So hatte der direkte Versuch begonnen, das Kalifat abzuschaffen. Einige Vertreter schlugen sogar die Fusion beider Regierungen vor, wobei der Kalif auf eine konstituente Funktion mit Kemal als seinen Premierminister beschränkt werden sollte. Dieser Vorschlag wurde dann in der Nationalversammlung diskutiert und von den Anhängern Kemals als die einzige Rettung der Türkei angepriesen. In dieser heftigen Debatte erklärte Kemal sein Vorhaben, das Sultanat vom Kalifat zu trennen. Überrascht nahmen die Abgeordneten diesen Vorschlag, der die Gefahr für das bedrohte Kalifat deutlich offenlegte, zur Kenntnis. Nach heftigen Debatten wurde die Angelegenheit an das Komitee für auswärtige Angelegenheiten weitergeleitet, das aus einer Gruppe von Anwälten und Gelehrten bestand. Es verbrachte viele Stunden damit, die Trennung des Sultanats vom Kalifat zu untersuchen. Seine Mitglieder zogen sowohl Texte aus *Qur'an* und *Sunna*, als auch Beispiele aus der Geschichte der Kalifen heran.

Nach einer eingehenden Untersuchung fanden sie weder in der Offenbarung, noch in der islamischen Geschichte ein Argument, das eine Trennung des Kalifats - als religiöse Autorität - vom Sultanat - als politische Autorität - befürworten würde. Demzufolge lehnte sie den Vorschlag einstimmig ab. Wütend darüber drohte Kemal den Mitgliedern des Komitees mit dem Tod, worauf hin sie verärgert die Angelegenheit an die Nationalversammlung weiterleiteten. Aber auch die Mehrheit der Nationalversammlung erklärte ihre Ablehnung des Vorschlags und drückte ihren Groll dagegen und auch gegen Mustafa Kemal aus. Außer sich vor Wut sammelte Kemal seine bewaffneten Anhänger um sich und verlangte, eine weitere, offene Wahl durch Handheben durchzuführen, was die Abgeordneten jedoch ablehnten. Daraufhin schrie Mustafa Kemal sie an und drohte, während seine

Anhänger ihre Hände auf ihre Pistolen legten: "Ich bin sicher, dass die Versammlung den Vorschlag einstimmig annehmen wird, es reicht für die Abstimmung das bloße Hanheben!" Obwohl nur wenige die Hand hoben, wurde das Ergebnis der Wahl unter lautstarken Protesten als eine allgemeine Zustimmung bekannt gegeben.

Fünf Tage, nachdem die Entscheidung gefallen war, inszenierte Rifaat Pascha vor den Augen Harringtons einen plötzlichen militärischen Putsch in Istanbul, durch den er mit Hilfe der Armee die Zügel der Macht in der Hauptstadt übernehmen konnte. Somit zerstörte er die Regierung des Sultans, der den Vorfall mehrere Tage lang ignorierte. Anschließend bat der Sultan Harrington um Hilfe und versicherte ihm, dass er sich in Lebensgefahr befände. Zwei Tage später, am 17. November 1922, brachten man Sultan Wahiduddin auf einem britischen Kriegsschiff nach Malta

Nach seiner Abreise wurde sein Cousin Abdelmajid nach Zustimmung der Nationalversammlung zum Kalifen ernannt. Daraufhin eilten viele Anhänger des Kalifats zu ihm, um ihm offen ihre Unterstützung zuzusichern und der ganzen Welt zu demonstrieren, dass sie dem Kalifat gegenüber loyal sind und der Kalif auch weiterhin präsent ist. Mustafa Kemal gab sich einstweilen mit der Trennung des Kalifats vom Sultanat zufrieden und machte sich, nachdem er die politische Macht in Händen hielt, daran, die Friedenskonferenz vorzubereiten.

Die Engländer machen die Abschaffung des Kalifats und die Säkularisierung des Staates zur Bedingung für einen Friedensvertrag

Am 20. November 1922 fand die Konferenz von Lausanne statt, die im Auftrag des Osmanischen Staates abgehalten wurde. Hier erschien aber nur eine von Ismet Inönü geführte Delegation der Ankara-Regierung. Curzon, der britische Außenminister und Kopf der britischen Delegation, setzte vier Bedingungen fest, um die Unabhängigkeit der Türkei anzuerkennen. Diese Bedingungen waren: **Die totale Abschaffung des Kalifats, die Ausweisung des Kalifen jenseits der Landesgrenzen, die Beschlagnahmung seines Vermögens und die Erklärung der Säkularisierung des Staates.** Der Erfolg der Konferenz

stützte sich auf die Erfüllung dieser Bedingungen. Jedoch ging sie am 4. Februar 1923 zu Ende, ohne ein Resultat zu erzielen. Deswegen wurde sie als Misserfolg betrachtet.

Ismet kehrte in die Türkei zurück und erstattete Kemal über die Verhandlungen Bericht. Die Vertreter der Nationalversammlung samt Regierung, unter Führung des Ministerpräsidenten Ra'uf starteten einen heftigen Angriff auf Ismet, indem sie ihn beschuldigten, ungeschickt in den Verhandlungen mit Curzon gehandelt zu haben. Auch kritisierten sie seine Entsendung ohne ihre Zustimmung, sodass sie schließlich seine Entlassung durch eine Wahl und die Bestimmung eines Nachfolgers, der die Verhandlungen in Lausanne wiederaufnehmen sollte, bewirken wollten. Mustafa Kemal schäumte vor Wut, machte Drohungen und hetzte die Vertreter gegeneinander auf, bis er es schaffte, die Entscheidung über eine Entlassung Ismets zu vereiteln. Dieser war nämlich sein zuverlässigster und treuester Gesandte in seinem Kontakt mit den Briten und der Mann, der ihm bedingungslos gehorchte. Einen anderen zu schicken hätte seine Pläne gefährden und sein eigenes Ende bedeuten können.

Aus Sorge um das drohende Ende des Kalifats verbündeten sich nun die Vertreter der Nationalversammlung im kemalistischen Ankara mit der Opposition. Viele der treuesten Weggefährten Mustafa Kemals, die ihm in den schwierigsten Zeiten zur Seite gestanden sind, formierten sich jetzt unter der Führung Ra'ufs gegen ihn. Unter ihnen waren Rihmi, Adnan, Kazim Kara Bekir, Rifaat, Ali Fouad, Nouruddin und viele andere. Kemal realisierte, dass seine Niederlage in der Nationalversammlung unter diesen Umständen eine Gewissheit wäre. Dies hätte die Fortsetzung der Friedenskonferenz in Lausanne unmöglich gemacht, da sie an die Erfüllung der vier Bedingungen, die Curzon festgesetzt hatte, geknüpft war.

Der Todesstoß

Kemal musste also die Erfüllung der Bedingungen ermöglichen und eine Entscheidung von der Nationalversammlung erhalten, die die Ausrufung einer Republik und die Abschaffung des Kalifats gutheißen sollte. Ferner wollte er zum Präsidenten der Republik gewählt werden. Da es aber ziemlich unwahrscheinlich war, dass die Nationalver-

sammlung seine Pläne durchführen würde, dachte er über die Auflösung der Nationalversammlung und über Neuwahlen nach. Dies nahm er auch sofort in Angriff. Jedoch war auch die neue Versammlung gegen ihn, was ihn dazu veranlasste, gegen sie vorzugehen. So inszenierte er eine politische Verschwörung, um eine Krise zu schaffen, die er für seine Zwecke nutzte. Er lud die Minister zu einem Abendessen bei sich ein und besprach mit ihnen die Situation in der Nationalversammlung in allen Aspekten. Zuletzt schlug Mustafa Kemal vor, dass die Minister allesamt zurücktreten sollten, um die Versammlung dadurch in die Verlegenheit zu bringen, eine neue Regierung aufstellen zu müssen. Der Vorschlag wurde angenommen und am darauf folgenden Tag erklärte der gesamte Ministerrat vor der Nationalversammlung seinen Rücktritt.

Nun wurde die Nationalversammlung einberufen, um eine neue Regierung aufzustellen. Dazu war sie aber nicht in der Lage. Die Abgeordneten konnten sich auf keine Regierung einigen, es kam zu heftigem Wortwechsel, Streit und sogar Handgemenge. Jeder von ihnen war auf seinen persönlichen Vorteil bedacht und versuchte, seinen Standpunkt mit Gewalt durch zu setzen. Zwei Tage später lud Mustafa Kemal seine engsten Freunde abermals zu einem Abendessen ein. Unter ihnen waren Ismet, Fathi und Kemaluddin. Man sprach von der Zwickmühle in der sich die Nationalversammlung befand und dass sie nicht im Stande war, sich auf eine Regierung zu einigen. Zum Schluss ergriff Mustafa Kemal das Wort und sagte: "Es ist an der Zeit, diesem Chaos ein Ende zu bereiten. Morgen werden wir die Republik ausrufen, denn sie ist der Ausweg aus all diesen Schwierigkeiten. Fathi, du musst morgen die Nationalversammlung so gut es dir möglich ist in Aufruhr versetzen, die Abgeordneten gegen einander aufwiegeln und für Chaos sorgen. Sodann schlägst du Kemaluddin vor, dass ich herangezogen werde, um die Angelegenheit in die Hand zu nehmen und die Nationalversammlung aus ihrer Zwickmühle zu befreien!"

Am nächsten Tag wurde alles so durchgeführt, wie man es vereinbart hatte. Die Nationalversammlung hielt ihre Sitzung ab, es kam zu bösen Wortgefechten und fast zu Rangeleien unter den Abgeordneten. Am Höhepunkt der Auseinandersetzung machte Kemaluddin den Vorschlag, Mustafa Kemal mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Die Abgeordneten waren damit einverstanden, nachdem sie ihren Streit

mit ihm offenbar vergessen hatten. Mustafa Kemal lehnte zuerst aus taktischen Gründen ab. Daraufhin richteten die Abgeordneten ein schriftliches Gesuch an ihn, indem sie eingestanden, aus eigener Kraft die Regierungskrise nicht bewältigen zu können. Mustafa Kemal stellte jedoch die Bedingung, dass die Nationalversammlung seine Meinung ohne jegliche Einwände akzeptieren müsste, andernfalls sei er zu einer Regierungsbildung nicht bereit. Die Abgeordneten erklärten sich damit einverstanden.

Am 29. Oktober 1923 wurde nun die Nationalversammlung zu einer wichtigen Tagung einberufen. Mustafa Kemal hielt eine Rede in der er seine Entscheidung verkündete, eine Republik mit einem gewählten Präsidenten auszurufen, da der Ursprung der Krise ein fundamentaler Fehler im System sei. Um eine handlungsfähige Regierung zu haben, dürfe die Nationalversammlung nicht gleichzeitig legislatives und exekutives Organ sein, meinte er. Vielmehr müsse die Türkei eine Republik werden, mit einem gewählten Präsidenten an ihrer Spitze. Die Abgeordneten waren betäubt und sprachlos, als sie diese unerwartete, schreckliche Entscheidung vernahmen. Obwohl vierzig Prozent der Abgeordneten an der Abstimmung nicht teilnahmen, wurde der bereits vorgefertigte Beschluss anerkannt und Kemal zum ersten Präsidenten der Republik gewählt.

Kemal machte sich nun daran, das Kalifat abzuschaffen und die Säkularisierung des Staates durchzusetzen. Die Menschen begannen nun zu spüren, was Kemal im Schilde führte. Die öffentliche Meinung begann ihn anzugreifen. Es wurde überall verbreitet, dass die neuen Regierenden in Ankara Kuffar (Ungläubige) seien. Auf Flugblättern, Karikaturen und von Predigern wurde er heftig angegriffen. Ferner verließen viele Vertreter und berühmte Personen Ankara, um sich in Istanbul um den Kalifen zu scharen.

In dieser heiklen Situation gaben ihm die Engländer erneut eine Waffe in die Hand, die er gegen die Anhänger des Kalifats einsetzen konnte. Während der stärksten anti-kemalistischen Kampagne nämlich, schickten die beiden indisch-muslimischen Anführer Agakhan und Amir Ali im Namen der Muslime Indiens einen offiziellen Protestbrief an Mustafa Kemal, in dem sie verlangten, die Stellung des osmanischen Kalifen, des Kalifen aller Muslime zu respektieren. Agakhan war der

Anführer der Ismaeliten. Bei den Muslimen in der Türkei und anderswo war jedoch bekannt, dass er ein Freund der Engländer und deren Agent war. Das Schreiben wurde in den Istanbuler Zeitungen veröffentlicht, bevor es die Regierung in Ankara erreichte. Mustafa Kemal nutzte nun diese Gelegenheit, um in der ruhmlosen Geschichte Agakhans herum zu wühlen. Er zeigte auf, dass er in England lebte, seine Pferde auf englischen Rennstrecken einsetzte, in den Kreisen der englischen Politiker und Botschafter verkehrte und als verlässliches Werkzeug benützt wurde, um die indischen Muslime gegen die Türkei aufzuwiegeln, wann immer es ihnen recht war. Mustafa Kemal fuhr fort, diesen Trumpf auszuspielen, um die öffentliche Meinung gegen den Kalifen aufzuhetzen. So erklärte er den Leuten beispielsweise: "England, dieser hinterlistige Erzfeind, als es nicht im Stande war, die Türkei mit Hilfe der Griechen zu vernichten, versucht es nun auf dem gewohnten Weg der Verschwörungen. Sie benützt ihr Werkzeug Agakhan, um sich mit dem Kalifen zu verbünden und die Türken in zwei Lager zu spalten!"

Nun wandte sich die öffentliche Meinung gegen den Kalifen. Von Mustafa Kemal aufgestachelt, hetzte jetzt auch die Nationalversammlung gegen das Kalifat, gegen religiöse Würdenträger und gegen die Opposition. Es wurde sogar ein Gesetzesentwurf gutgeheißen, nach dem jede Opposition gegen die Republik und jede Verbundenheit mit dem abgesetzten Sultan als ein Hochverrat betrachtet wurde, auf den die Todesstrafe stand. Als einige Abgeordnete in der Nationalversammlung versuchten, den diplomatischen Nutzen des Kalifats für die Türkei aufzuzeigen, wurden sie von den Anhängern Kemals niedergeschrien. Kemal stieg zum Rednerpult und sagte: **"War es nicht das Kalifat, der Islam und die religiöse Autorität, für das die türkischen Dörfler gekämpft haben und während fünf Jahrhunderten gestorben sind? Es ist an der Zeit, dass sich die Türkei ihren eigenen Interessen zuwendet, die Inder und Araber ignoriert und sich vor der Führung der islamischen Staaten rettet!"**

Trotz dieser wilden Angriffe auf das Kalifat, gab es noch viele Persönlichkeiten, die strikt gegen eine Abschaffung waren. Vor allem in der Armee, war die Loyalität gegenüber dem Kalifat noch ungebrochen. Eine Tatsache von der sich Kemal selbst bei einem Besuch der

Streitkräfte in der Nähe von Izmir überzeugen konnte. Deshalb wandte er jetzt Einschüchterung und Terror als Mittel an, um sein Vorhaben durchzusetzen. Als ein Abgeordneter während einer der Sitzungen hartnäckig opponierte, beauftragte Kemal jemanden, ihn in der gleichen Nacht noch zu ermorden. Einem anderen Abgeordneten, der in einer Rede den Kalifen unterstützte, drohte er mit dem Galgen, sollte er noch einmal seinen Mund mit ähnlichem öffnen. Er beorderte auch Ra'uf aus Istanbul zu sich und zwang ihn, vor dem Hauptkomitee der Volkspartei, ihm und der Republik die Treue zu schwören. Ansonsten drohte ihm Kemal mit dem Rausschmiss aus Partei und Komitee. Dem Gouverneur von Istanbul schickte er einen strengen Befehl, keine Erscheinungen von Pracht und Größe um den Kalifen während der Verrichtung des Gebetes mehr zuzulassen. Außerdem reduzierte er sein Gehalt auf das Mindeste und warnte seine Anhänger davor, ihn weiter zu unterstützen.

In dieser Atmosphäre des Terrors und der Einschüchterung, der Gerüchte und der Negativpropaganda, trat die Nationalversammlung am 1. März 1924 zusammen. Die Einführungsrede konzentrierte sich auf die Notwendigkeit der Zerstörung des Kalifats, was auf heftigen Widerstand stieß. Mustafa Kemal legte der Nationalversammlung einen Gesetzesentwurf vor, der die Zerstörung des Kalifats, die Ausweisung des Kalifen und die Säkularisierung des Staates vorsah. Er wandte sich an die Abgeordneten und sagte: **“Die bedrohte Republik muss um jeden Preis geschützt werden und auf festen, säkularistischen Fundamenten aufbauen. Der Kalif und die Überbleibsel der Osmanen müssen gehen. Die alten, religiösen Gerichte und ihre Gesetze müssen durch moderne Gerichte und Gesetze ersetzt werden und die religiösen Schulen staatlich-laizistischen Platz machen!”**

Zwei Tage dauerten die Sitzungen der Nationalversammlung, unter hitzigen Debatten und heftigem Wortwechsel an, ohne zu einer Einigung zu gelangen. Erst am Morgen des 3. März 1924, nach Diskussionen, die die ganze Nacht über andauerten, wurde bekannt gegeben, dass die große Nationalversammlung der Abschaffung des Kalifats und der Trennung von Religion und Staat zustimmte. In der selben Nacht schickte Kemal einen Befehl an den Gouverneur in Istanbul, dass der Kalif Abdulmajid die Türkei vor der Morgen-

dämmerung des nächsten Tages zu verlassen habe. So wurde der Kalif mitten in der Nacht von einer Abordnung der Polizei und der Armee in die Schweiz gebracht, ausgestattet mit einem einzigen Koffer und einigen Geldscheinen. Zwei Tage später versammelte Kemal alle Prinzen und Prinzessinnen, und verwies sie des Landes. Alle religiösen Funktionen wurden gestrichen, indem z.B. die religiösen Schulen in staatliche umgewandelt und die *Awqaf*-Stiftungen der Muslime verstaatlicht wurden.

Auf diesem Wege erfüllte Kemal die vier Bedingungen, die der britische Außenminister Curzon für einen Friedensvertrag festgesetzt hatte. Nun gab es kein Hindernis mehr, das der Einberufung und dem Erfolg der Friedenskonferenz im Weg stand. So schickte Ismet İnönü, türkischer Außenminister und Kopf der Delegation, am 8. März 1924 ein Schreiben an die Konferenz, mit der Bitte, die Verhandlungen wiederaufzunehmen. Die Alliierten stimmten dieser Bitte zu. Am 23. April 1924 trat die Konferenz wieder zusammen, um sich über die Friedensbedingungen zu einigen. Der Vertrag von Lausanne wurde am 24. Juli 1924 unterzeichnet. Die Staaten erkannten die Unabhängigkeit der Türkei an, sodass sich die Briten aus Istanbul und den Meerengen zurückzogen und auch General Harrington schließlich die Türkei verließ. Englands Außenminister Curzon erklärte, nachdem ein Parlamentsabgeordneter gegen die Anerkennung der Unabhängigkeit der Türkei protestierte, folgendes: **“Es ist eine Tatsache, dass die Türkei erledigt ist und sich nie wieder erheben wird, weil wir ihre spirituelle Kraft, das Kalifat und den Islam, zerstört haben!”**

Auf diese Weise wurde die Zerstörung des Kalifats vollendet. Es wurde vollkommen abgeschafft, und dadurch verschwand der Islam als staatliche Verfassung, als Ursprung der Gesetzgebung und Lebensordnung für die *Umma*. Verursacher dieser Katastrophe waren die Briten unter tatkräftiger Unterstützung ihres Agenten und Verräters Mustafa Kemal. Die Behauptung bewusst denkender und aufrichtiger Muslime, dass die Briten der Kopf des Kufr, des Unglaubens, unter allen Kufr-Staaten sind, kommt also nicht von ungefähr: Sie verkörpern tatsächlich den Erzfeind des Islam, der durch die Zerstörung der islamischen Lebensordnung, soviel Unheil über die Muslime brachte. Die Muslime sollten Ablehnung gegen die Briten hegen, die es geschafft haben, das Kalifat und den Islam durch Kemal zu zerstören,

den Muslimen auf der ganzen Welt und besonders den Muslimen in der Türkei zum Trotz.

Auf diese Weise verschwand das Gesetz Allahs, das Er offenbarte, aus dem Leben der Menschen. Was blieb und bis heute geblieben ist, sind die von Menschen gemachten Gesetze und Systeme, die Gesetze des Unglaubens, die die Menschen beherrschen und überall auf der Welt angewendet werden. Wie lange noch?

Die Existenzfragen und die entscheidende Maßnahme auf Tod oder Leben

Nun stellt sich für uns die Frage: War es den Mächten des Unglaubens wirklich so einfach, das Kalifat zu zerstören, und den Islam aus der politischen Realität zu entfernen, wo die Muslime doch hunderte Millionen waren und nicht bereit ihren Glauben und ihre politische Existenz zu verteidigen?

Die Antwort darauf ist klar: Jawohl, mit dieser Leichtigkeit hat es der Unglaube vermocht, das Kalifat zu zerstören und den Islam aus der politischen Realität zu entfernen. Die Muslime waren nicht bereit, sich diesem Vorhaben wirklich entgegenzustellen oder zumindest zum letzten Schlag des Besiegten auszuholen. Der Grund dafür liegt in der Tatsache, dass der islamischen Ummah die Existenzfrage, die entscheidende Maßnahmen auf Tod oder Leben erfordern, während diesem fatalen Ereignis nicht bewusst waren. Sie erkannte nicht, dass es sich bei dieser Katastrophe um eine Schicksalsangelegenheit für sie handelt, die existenzbedrohend ist und ihr Überleben oder Untergang davon abhängt. Deswegen war sie auch nicht bereit, entschlossene Maßnahmen zu setzen, die in solchen Situationen notwendig sind, nämlich Maßnahmen auf Tod oder Leben. Dadurch war es dem Unglaube erst möglich, das Kalifat zu zerstören und den Islam als Lebensordnung zu eliminieren.

Schon der Selbsterhaltungsinstinkt im Menschen schreibt jedem Volk auf dieser Erde und jeder Nation vor, Existenzfragen zu besitzen, für die es allzeit bereit ist, sein Blut - ohne jegliches Zögern und ohne Diskussion - mit aller Hingabe zu opfern. Diese Angelegenheiten sind stets solche, die mit dem Verlust des Lebens oder dessen Erhaltung

oder der Existenz eines Volkes oder dessen Zerstörung verbunden sind. Es sind fast die gleichen Existenzfragen bei allen Menschen oder zumindest sehr ähnliche, bei denen es immer um die spürbare Bedrohung der Existenz geht. Die Maßnahmen, die man bei solchen Angelegenheiten setzt, sind auch bei allen Menschen annähernd die gleichen; nämlich der totale Einsatz auf Tod oder Leben, um die Existenz zu erhalten.

Nun sind die Existenzfragen aber nicht nur jene, die mit dem Selbsterhaltungsinstinkt verbunden sind. Es gibt auch andere Existenzangelegenheiten bei den Menschen, die andersartig motiviert sind. Diese hängen jedoch mit der Lebensanschauung eines Menschen zusammen und sind deswegen bei den Menschen nicht alle gleich. Sie sind je nach Lebens- bzw. Weltanschauung bei den Völkern unterschiedlich gesetzt und auch die diesbezüglichen Maßnahmen sind je nach Lebensauffassung verschieden. Die Muslime, als eine *Ummah*, haben zweifelsohne auch ihre Existenzangelegenheiten. Und diese Existenzfragen, seien sie durch den Selbsterhaltungs- Arterhaltungs- oder religiösen Instinkt motiviert, werden durch ihre Lebensanschauung vorgeschrieben, mit anderen Worten, durch den Islam. Der Islam ist es also, der die Existenzfragen für die Muslime vorschreibt und auch die Maßnahmen, die sie diesbezüglich zu setzen haben.

Der Islam hat den Menschen die Existenzfragen klar definiert und auch die entscheidenden Maßnahmen auf Tod oder Leben, die diesbezüglich zu setzen sind, verpflichtend vorgeschrieben. Deswegen haben die Muslime auch keine Wahl bei der Festlegung ihrer Existenzfragen. Denn das, was der Islam als Existenzfrage betrachtet, muss für sie auch eine solche sein. Und die diesbezügliche Maßnahme, nämlich der totale Einsatz auf Tod oder Leben, ist für sie ebenfalls zwingend erforderlich. Denn der Islam hat die Existenzfragen festgelegt, genauso wie er auch die diesbezüglich erforderlichen Maßnahmen festgelegt hat.

Dass es in der Geschichte des Islam immer wieder zu Ereignissen kam, die seine Existenz bedrohten, liegt in der Natur der Sache. Jede Bewegung, vor allem wenn es sich um eine aufrichtige Verbesserungsbewegung handelt, hat ihre Gegner und ist Existenzgefahren ausgesetzt. Seit der Frühzeit des Islam wird die

Auseinandersetzung mit dem *Kufr*, dem Unglauben, bis aufs Äußerste geführt. Diese Auseinandersetzung ist für beide Seiten ein Existenzkampf, wo es um das Schicksal des Kufr und das Schicksal des Islam geht. Nach der Gründung des Islamischen Staates in Medina, kam zur intellektuell-ideologischen Auseinandersetzung, die blutige noch dazu. Auch dies war ein Existenzkampf, wo es um das Schicksal des Islam als Lebensordnung ging. Deswegen sind Existenzfragen für Muslime eine unabdingbare und selbstverständliche Sache. Und die Maßnahmen, die von ihnen diesbezüglich gesetzt werden müssen, nämlich Kampf auf Tod oder Leben, sind genauso unabdingbar und selbstverständlich.

Nun stellt der Jihad eine der größten Pflichten dar, so hat der Gesandte ﷺ gesagt: **"Das Haupt ist der Islam, die Säule ist das Gebet und die Speerspitze ist der Jihad!"** Der Jihad wird auch fortgesetzt bis zum Jüngsten Gericht, wie es der Gesandte ﷺ ebenfalls festlegte: **"Der Jihad wird fortgesetzt, von dem Zeitpunkt an, als mich Allah ﷻ mit der Botschaft entsandte, bis die letzten meiner Umma den betrügerischen Christus (*Al-Masih Al-Dajjal*) bekämpfen werden, ohne dass er durch die Ungerechtigkeit eines Ungerechten oder die Gerechtigkeit eines Gerechten ausgesetzt wir!"** Er ﷺ sagte auch: **"Der Jihad wird fortgesetzt, mit dem Gerechten und Ungerechten (Herrscher)!"** Deswegen haben die Muslime keinen Moment inne gehalten, wenn es um die Verteidigung der Existenzangelegenheiten gegangen ist und kein Bisschen gezögert, die erforderlichen Maßnahmen auf Tod oder Leben zu setzen.

Als ihre Existenz als *Umma* und Gesellschaftsordnung während der Kreuzzüge bedroht war, haben sie entschlossene Maßnahmen auf Tod oder Leben gesetzt und gegen die Kreuzritter über ein Jahrhundert lang einen blutigen Krieg geführt, in dem es ihr gelungen ist den Todesstoß von sich abzuwenden. Ähnliches haben sie auch während der Mongolenkriege getan. Die Einfälle der Mongolen, die weite Teile der islamischen Welt inklusive Bagdad, der Hauptstadt des Kalifats, überrannt und ein Meer der Verwüstung zurückgelassen haben, wurde von der *Umma* als existenzbedrohend betrachtet, deshalb war sie entschlossen, Maßnahmen auf Tod oder Leben zu setzen. Die Muslime führten gegen die Mongolen einen ihrer blutigsten Kriege, und opferten dafür bereitwillig ihr Leben, bis ihnen der klare Sieg beschert war.

Den Muslimen waren also ihre Existenzfragen bewusst und sie setzten dafür jene Maßnahmen, die notwendig sind, nämlich Maßnahmen auf Tod oder Leben. Denn das, was der Islam als Existenzfrage definiert hat, war für sie eine unumstößliche Wahrheit, die sie fest umklammerten. Sie erkannten sofort die Gefahr, die davon ausging. Deshalb war es gar nicht denkbar, dass etwas vorfällt, was ihre Existenz bedroht und sie dagegen nicht die erforderlichen Maßnahmen auf Tod oder Leben setzten. Als jedoch das Islamverständnis bei den Muslimen fast bis zur Irreleitung nachließ und die Gottesfurcht in ihren Herzen so schwach wurde, dass sie das Aufkommen des offenen Kufr duldeten, verloren für sie diese Dinge den Stellenwert, Existenzfragen zu sein. Deswegen wurden dafür nicht die erforderlichen Maßnahmen auf Tod oder Leben gesetzt und es kam in Folge zu gravierenden Ereignissen, die wirklich existenzbedrohend waren. Die Muslime waren nicht mehr bereit, ihr Blut und Leben zu opfern, um diese Gefahren abzuwenden, und so kam es zur Zerstörung des Kalifats, zur Abschaffung der Islamischen Lebensordnung und zur Bedrohung, dass die Islamische *Umma* als einzigartige Gemeinschaft aufhört zu existieren.

Für die Muslime ist es deshalb notwendig, die Existenzfragen vom islamischen Standpunkt her zu begreifen, so, wie sie in *Qur'an* und *Sunna* festgelegt sind. Ferner ist es für sie notwendig, die diesbezüglich verpflichtenden Maßnahmen zu verstehen, wie sie im *Qur'an* und in den Hadithen des Propheten ﷺ dargelegt wurden. Dadurch wird das richtige Bewusstsein für die Existenzfragen und für die dazu verpflichtenden Maßnahmen erzeugt, was ein weiteres Ausschweigen über die Hegemonie des Kufr unmöglich macht.

Die Existenzfragen aus der Sicht des Islam

Wer den *Qur'an* und die *Sunna* untersucht wird feststellen, dass der Islam die Existenzfragen für die Muslime und die diesbezüglich notwendigen Maßnahmen klar definiert hat. Und zwar in einer Weise, die keinen Zweifel mehr zurück lässt. So hat er beispielsweise die Apostasie, d. h. die Abtrünnigkeit vom Islam, sei es von einer Einzelperson oder von einer Gruppe begangen, zu einer Existenzfrage erklärt und die dazu notwendige Maßnahme, nämlich Rückkehr zum

Islam (*Tauba*) oder den Tod, festgelegt. Eine Maßnahme eben auf Tod oder Leben. Der Prophet ﷺ hat gesagt: **“Wer seinen Glauben (den Islam) wechselt, so tötet ihn!”** Ferner sagte er: **“Das (Vergießen) des Blutes eines Muslim, der bezeugt, dass es keinen Gott gibt außer Allah und dass ich sein Gesandter bin, ist außer in folgenden drei Fällen nicht erlaubt: Verheiratete, die Unzucht begehen, ein Leben für ein anderes Leben (bei Mord) und derjenige, der von seinem Glauben ablässt und sich (somit) von der Gemeinschaft abkehrt!”**

Diese Angelegenheit war für die Muslime eine klare Sache, die sie mit aller Entschiedenheit durchführten. Die Gefährten des Propheten vollzogen es zu seinen Lebzeiten und nach seinem Tode. So taten es auch die Muslime nach ihnen. Von Abu Musa wird berichtet: **“...dass der Prophet ﷺ ihn (als Wali) in den Jemen entsandte. Bald darauf schickte er Muath Ibn Jabal nach. Man brachte einen Mann zu Abu Musa, der vom Islam abtrünnig geworden war. Er lud ihn fast zwanzig Nächte lang dazu ein, zum Islam zurückzukehren. Als Muath ankam, lud auch er ihn dazu ein. Nachdem der Mann auf seine Apostasie bestand, ließ er ihm den Kopf abschlagen!”** (*Abu Dawud*) Auch der Kalif Abu Bakr ließ eine Frau hinrichten, die, trotz Bekehrungsversuche, auf die Apostasie bestand, wie es von *Al-Baihaqi* und *Al-Daraqutni* überliefert wird.

So sehen wir, dass die Muslime, beginnend mit dem Propheten ﷺ, seinen Gefährten, den Tabi'un und den nachfolgenden Generationen von Kalifen, dieses Gebot vollzogen haben. Sie gingen mit voller Entschlossenheit heran, weil ihnen bewusst war, dass es sich hierbei um eine Existenzfrage für die Muslime handelt, die keinesfalls vernachlässigt werden darf. Als die Kalifen aber schwach wurden und das allgemeine Islamverständnis immer weiter zurückging, wurde man beim Vollzug der Todesstrafe für Apostasie immer nachlässiger. Dadurch wurden die Fälle von Apostasie und Ketzerei immer zahlreicher. Es ging sogar soweit, dass einige Apostaten neue Gemeinschaften gründeten, mit einem anderen Glauben als den Islam. Das führte dazu, dass die Muslime Schwäche befiel, obwohl es sich hierbei um eine Existenzfrage für sie handelt, wo jede Nachsicht und jedes Mitgefühl fehl am Platz ist.

Deswegen darf es auch niemanden wundern, wenn jemand wie Mustafa Kemal dem Islam den Krieg erklärt, Apostasie begeht und sich niemand findet, der das Islamische Gesetz an ihm vollzieht. Denn die Frage der Apostasie hatte für die Muslime den Stellenwert einer Existenzfrage verloren, und so kam es zur Katastrophe. Deswegen muss diese Frage den Stellenwert zurückerlangen, der ihr tatsächlich gebührt, nämlich den, eine Existenzfrage zu sein, auch wenn es zahlreiche Menschenleben fordert.

Dies bedeutet aber nicht, dass man übereilt jemanden der Apostasie bezichtigt und die Strafe vollzieht. Vielmehr muss unzweifelhaft erwiesen sein, dass ein Muslim Kufr begangen hat. Sobald noch die Möglichkeit besteht, nur für einen Prozent, die Aussage einer Person als islamisch akzeptabel auszulegen, auch wenn neunundneunzig Prozent dagegen sprechen, gilt die Person als Muslim, nicht als Apostat, und das Gesetz darf nicht vollzogen werden. Die Apostasie muss also für den Vollzug des Gesetzes eindeutig erwiesen sein. Andererseits darf aber nicht tückenhaft nach einem Vorwand gesucht werden, nur um die Strafe auszusetzen. Denn dies würde ihre Eigenschaft als Existenzfrage untergraben.

Wenn der Muslim also etwas tut, was ihn unzweifelhaft zu einem Apostaten macht, wie beispielsweise in einer Kirche mit den Christen gemeinsam ihre Gebete zu beten oder etwas sagt, was ihn zum Apostaten macht, dass z.B. die Geschichte von Ibrahim عليه السلام im *Qur'an* erlogen ist, weil es dafür keinen historischen Beleg gibt oder etwas glaubt, was ihn zum Apostaten macht, dass beispielsweise der Islam für die moderne Zeit nicht mehr brauchbar ist oder etwas eindeutiges anzweifelt, wie der Zweifel, dass der *Qur'an* Gottes Wort ist, in solchen Fällen ist er ohne jeden Zweifel ein Apostat, und die Angelegenheit muss als Existenzfrage angesehen werden. Hierfür ist allein die Maßnahme auf Tod oder Leben zu setzen, also entweder Besinnung und Rückkehr zum Islam oder den Tod.

In gleicher Weise hat der Islam die Einheit der *Umma* und die des Staates zu einer Existenzfrage erklärt und die dazu erforderliche Maßnahme ebenso als Maßnahme auf Tod oder Leben festgelegt. Diese Tatsache zeigt sich in zwei Angelegenheiten: Erstens, wenn mehrere Kalifen gleichzeitig existieren und zweitens, wenn sich eine

Personengruppe mit Waffengewalt gegen den Kalifen wendet. Von *Abdullah Ibn Amr Ibn Al-As* wird berichtet, dass der Prophet ﷺ sagte: **"Wer einem Imam (Kalifen) die *Bai'a* (Treueid) leistet, ihm seinen Handschlag (darauf) gibt und die "Frucht seines Herzens" (seine Zuneigung), so soll er ihm gehorchen, wo er nur kann. Wenn nun ein anderer kommt und ihm (dem Kalifen) die Regentschaft streitig macht, so schlägt dem anderen den Kopf ab!"** *Abu Said Al-Khudari* berichtet, dass der Prophet ﷺ sagte: **"Wenn zwei Kalifen die *Bai'a* gegeben wird, so tötet den letzteren von beiden!"** Damit hat der Islam die Einheit des Staates zur Existenzfrage erklärt, als er das Vorhandensein von mehreren Kalifen verbat und befahl, denjenigen zu töten, der nach der Spaltung des Kalifats trachtet, sollte er davon nicht Abstand nehmen. Von *Arfaga* wird berichtet, dass er den Gesandten Allahs ﷺ sagen hörte: **"Wer zu euch kommt, wenn ihr unter der Führung eines Mannes vereint seid und versucht, eure Einheit zu spalten oder eure Gemeinschaft aufzuteilen, so tötet ihn!"** Die Einheit der *Umma* und des Staates ist somit zu einer Existenzfrage erhoben worden, als der Prophet ﷺ die Spaltung der Gemeinschaft verbat und befahl, denjenigen, der danach trachtet, zu töten, wenn er davon nicht Abstand nimmt.

Was diejenigen anbelangt, die sich gegen den Kalifen auflehnen (*Al-Bughah*), so hat Allah ﷻ folgendes entschieden:

"Und wenn zwei Gruppen von Gläubigen miteinander kämpfen, so stiftet Frieden zwischen ihnen. Wenn eine die andere erneut angreift, so bekämpft die angreifende, bis sie sich Allahs Gebot fügt!" (*Sura al-Hujurat 49, aya 9*) Wenn also jemand als Kalif der Muslime feststeht, ist es nicht erlaubt, die Waffe gegen ihn zu erheben. Dies würde nämlich zur Teilung der Muslime, zu Blutvergießen und dem Verlust ihrer Güter führen. Der Gesandte Allahs ﷺ hat gesagt: **"Wer gegen meine *Umma* vorgeht, wenn sie vereint ist, so schlägt ihm mit dem Schwerte den Kopf ab, egal wer er ist!"** Diejenigen also, die sich gegen den Kalifen erheben, sind *Bughah*, die durch Dialog zur Vernunft gebracht werden müssen, um eventuell vorhandene Missverständnisse aufzuheben. Wenn sie auf ihr Vorhaben trotzdem bestehen, müssen sie bekämpft werden.

Durch diese strengen Verbote hat Allah ﷻ die Einheit des Staates und die Einheit der *Umma* zur Existenzfrage erhoben, indem er die diesbezüglich zu setzende Maßnahme als Maßnahme auf Tod oder Leben festgelegt hat. Wer so eine Übertretung begeht, muss sich entweder zur Vernunft bringen lassen und davon Abstand nehmen oder getötet werden. Die Muslime führten dies auch durch und betrachteten es als eine der gefährlichsten Angelegenheiten überhaupt, bei der man keinesfalls Nachsicht üben darf. So übte Ali (رضي الله عنه) als Kalif keine Nachsicht mit Mu'awia, als dieser sich gegen ihn stellte, noch übten er, die Omayyaden oder die Abbasiden Nachsicht mit den Khawarij, als diese sich gegen das Kalifat erhoben. Es war ihnen bewusst, dass es sich hierbei um eine Existenzfrage handelt, bei der jede Nachsicht fehl am Platz ist. Die diesbezüglichen Berichte sind so zahlreich, dass man sie gar nicht erfassen kann. Als die Kalifen jedoch Schwäche befiehl und das Islamverständnis schlecht wurde, nahm man es hin, dass sich einige islamische Gebiete von der staatlichen Einheit des Kalifats abspalteten und die Muslime dadurch geteilt wurden. So entstanden mehrere Staaten in der islamischen Welt, obwohl die Abspaltung vom Kalifat eine Existenzfrage ist, die uns vor die alleinige Wahl stellt: Entweder Rückkehr in die staatliche Einheit oder Krieg, egal, wie viel Geld und Menschenleben das kostet.

Dieser Zustand verschlimmerte sich weiter, sodass die Muslime in zahlreiche unabhängige Staaten aufgeteilt wurden. Manche von ihnen riefen sogar zu einer islamischen Liga auf, in welche der Staat des Kalifats und alle anderen Staaten, die sich von ihm abgespalten haben, eintreten sollen und das Kalifat somit ganz offiziell die Unabhängigkeit dieser Staaten anerkennt. Man verlangte also, die Spaltung der islamischen Einheit und die Zersplitterung der Muslime in verschiedene Völker und Nationen zu unterstützen, ja sogar zu legalisieren. Dies, obwohl es sich dabei um eine Existenzfrage handelt, und die Hadithe in diesem Fall deutliche Worte sprechen, nämlich entweder Besinnung und Rückkehr zur Einheit, oder den Tod. Deswegen darf es nicht verwundern, wenn jemand wie Mustafa Kemal die Türkei von der restlichen islamischen Welt abtrennt und sogar offen verkündet, die anderen islamischen Länder den ungläubigen Staaten zu überlassen, damit sie ihr Schicksal bestimmen. Denn diese Angelegenheit hatte nicht mehr den Stellenwert, eine Existenzfrage zu sein.

Somit war es den Muslimen ein Leichtes, ihre Aufteilung in mehrere Staaten und ihre Spaltung in verschiedene Völker und Nationen hinzunehmen. Alles nur, weil die Einheit des Staates und die Einheit der *Umma* nicht mehr als Existenzfrage angesehen wurde, für die es nur eine einzige Maßnahme gibt, nämlich Einsatz auf Tod oder Leben. Deswegen muss auch diese Frage den Stellenwert zurückerlangen, der ihr gebührt, nämlich den, eine Existenzfrage zu sein. Die Abspaltung irgendeines Landes von der staatlichen Einheit des Kalifats muss unter allen Umständen verhindert werden und wenn es zu jahrelangen Kriegen führt und Millionen Muslimen das Leben kostet.

Ebenso hat der Islam das Aufkommen des offenen *Kufr* (Unglauben) im Islamischen Staat zu einer Existenzfrage erklärt, die unter keinen Umständen hingenommen werden darf. Auch hier ist die zu ergreifende, kompromisslose Maßnahme auf Tod oder Leben durch den Islam festgelegt worden. Die Angelegenheit selbst und die dazugehörige Maßnahme sind also in gleicher Weise bestimmt. *Muslim* berichtet von *Auf Ibn Malik*, dass der Prophet ﷺ sagte: **"Es werden Herrscher folgen, einige ihrer Taten werdet ihr gutheißen, andere werdet ihr anprangern. Wer (ihre rechten Taten) gutheißt, ist frei von Schuld und wer (ihre unrechten Taten) anprangert, bleibt unversehrt. Wehe demjenigen aber, der sich zufrieden gibt und (ihnen im Unrechten) folgt..."** Man fragte: **"O Gesandter Allahs, sollen wir sie nicht mit dem Schwerte bekämpfen?"** Er antwortete: **"Nein, solange sie unter euch das Gebet aufrecht halten!"** *Al-Buchari* berichtet von *Ubada Ibn Al-Samit*: **"Der Prophet ﷺ rief uns auf, und wir gaben ihm die *Bai'a* (Treueid). Unter dem, was er uns an Versprechen abnahm war: Dass wir hören und gehorchen, in dem was uns lieb und unlieb ist, in schwierigen und in leichten Zeiten, dass wir (die Herrscher) uns selbst vorziehen und den Befehlshabern ihre Befehlsgewalt nicht streitig machen, es sei denn, ihr seht einen offen aufkommenden *Kufr*, über den ihr von Allah einen eindeutigen Beweis habt!"** Die Worte **"...solange sie unter euch das Gebet aufrecht halten!"** im ersten *Hadith* sind ein Synonym für die Aufrechterhaltung der islamischen Herrschaftsordnung. Der **"offen aufkommende *Kufr*"** im zweiten *Hadith* ist jener *Kufr* (Unglaube), der in den Handlungen des Herrschers offen zutage tritt. Wenn er also mit dem *Kufr* regiert.

Die implizite Bedeutung (*Mafhum*) dieser *Hadithe* ist offenkundig: Wenn die Regenten die Herrschaftsordnung des Islam und seine gottesdienlichen Erscheinungsformen nicht mehr aufrecht halten, haben wir sie mit dem Schwerte zu bekämpfen. Und wenn wir den *Kufr* in ihren Handlungen offen aufkommen sehen, so haben wir ihnen diese Herrschaft strittig zu machen, sie also dafür zu bekämpfen. Im Rechtsbuch "*Al-Fath*" steht: **"Die Gelehrten sind sich einig, dass man dem Herrscher, der die Macht an sich gerissen hat, gehorchen muss und mit ihm den Jihad vollziehen muss. ... Die einzige Ausnahme die sie festlegten ist die, wenn vom Herrscher offener *Kufr* ausgeht. In diesem Fall muss er von jedem bekämpft werden, der dazu im Stande ist, wie es im *Hadith* erwähnt wird."**

Die Verpflichtung nach dem Islam zu regieren und das Verbot nach dem *Kufr* zu regieren ist demnach eine Existenzfrage, denn der Gesetzgeber (Allah ﷻ) hat diesbezüglich die kompromisslose Maßnahme auf Tod oder Leben festgelegt. Wer nicht nach dem Islam, sondern nach dem *Kufr* regiert, muss entweder zur Regentschaft des Islam zurückkehren oder getötet werden.

Die Muslime dürfen es niemals hinnehmen, wenn nicht nach dem regiert wird, was Allah herabgesandt hat, denn dies ist für sie eine Existenzfrage. Als die Gottesfurcht in ihren Herzen jedoch nachließ und ihr Islamverständnis stark zurückging, war es für sie nicht weiter schlimm zu akzeptieren, dass die Kalifen und Regenten in einer Angelegenheit nach dem *Kufr* regieren. Als die Schwäche sie noch stärker befiel, akzeptierten sie sogar, dass die Regenten in einer Reihe von Angelegenheiten nach dem *Kufr* regierten. Die Folge war, dass die Regenten sich schließlich anmaßten, ganz offenkundig den *Kufr* als Gesetzgebung zu implementieren. So schwiegen sich die Muslime in Ägypten aus, als der Regent 1883 das französische Zivilrecht einführte und damit die islamischen Gesetze abschaffte. Die Muslime im Islamischen Staat schwiegen sich aus, als dieser 1909 die *Kufr*-Gesetze als Verfassung festlegte. Obwohl es anfänglich einige Proteste gab, wurde es letztendlich doch hingenommen. Deswegen darf es nicht verwundern, wenn jemand wie Mustafa Kemal das Kalifat zerstört und alle islamischen Gesetze mit ihm und ganz offen den *Kufr* zur einzig gültigen Rechtsquelle erklärt. Denn diese Angelegenheit

hatte bei den Muslimen den Stellenwert einer Existenzfrage verloren und so kam, was kommen musste.

Für die Muslime war es nicht weiter schlimm, dass der *Kufr* unter ihnen ganz offen aufkommt und sie das Schwert gegen ihn nicht erheben. Es ist für sie ein Leichtes geworden, mit dem *Kufr* regiert zu werden, ohne ihn wenigstens anzuprangern. Mehr noch, ihre Mehrheit hat sogar Gefallen an den *Kufr*-Gesetzen gefunden, sich daran gewöhnt und ganz freiwillig auf die islamischen Gesetze verzichtet. Man ist bereits soweit, sich mit den *Kufr*-Gesetzen zufrieden zu geben, sie sogar anzustreben, geschweige denn sie nur zu erdulden oder die Waffe gegen sie zu erheben. All dies nur aus dem einen Grund, weil die Frage des Regierens mit dem System des *Kufr* nicht mehr als Existenzfrage angesehen wurde und die diesbezüglich erforderliche Maßnahme auf Tod oder Leben nicht gesetzt wurde. Deswegen muss auch diese Frage dorthin zurückgeführt werden, wo sie hingehört, nämlich eine Existenzfrage für die Muslime zu sein. Das Regieren mit dem System des *Kufr* muss unter allen Umständen verboten werden und wenn es einen jahrelangen Kampf, Millionen von muslimischen Opfern und Millionen von Märtyrern erfordern würde.

So verhielt es sich mit allen Existenzfragen, die der Gesetzgeber (Allah ﷻ) erklärt und determiniert und auch die diesbezüglich erforderliche Maßnahme auf Tod oder Leben festgelegt hat. Sie wurden nicht mehr richtig begriffen, ihre Verbindung zur islamischen *Aqida* (Überzeugungsfundament) löste sich auf, sie verloren ihren Stellenwert, bis sie letztendlich nicht mehr als islamische Gesetze von folgeschwerer Wichtigkeit angesehen wurden, für die man ohne zu Zögern die Waffe erheben muss.

So verloren diese Fragen jenen Stellenwert, den die Rechtslehre ihnen gab, nämlich den, eine Existenzfrage zu sein. Man erkannte nicht mehr, dass die Maßnahme, die der Gesetzgeber dafür unabdingbar gemacht hat, die bewaffnete Auseinandersetzung ist, um das *Kufr*-System wieder abzuschaffen und das islamische System wieder einzuführen. Deswegen wurde die Frage der Zerstörung des Kalifats und die Abschaffung der islamischen Lebensordnung nicht als Existenzfrage erkannt. Weder im Herzen, noch in der öffentlichen Atmosphäre dominierte sie als Schicksalsfrage. Und so beging Mustafa Kemal seine

Untat, zerstörte das Kalifat und eliminierte den Islam aus der politischen Realität, ohne dass jemand die Waffe gegen ihn erhob oder ihn dafür bekämpfte.

So einfach beseitigten die Ungläubigen das Kalifat, radierten die islamische Lebensordnung aus, unter den Augen hunderter Millionen Muslime. Wenn den Muslimen zu dieser Zeit bewusst gewesen wäre, dass es sich hierbei um eine Existenzfrage handelt, von der ihr Schicksal und das Schicksal des Islam abhängt, was die unbedingte Maßnahme des bewaffneten Kampfes gegen Mustafa Kemal erfordert, wäre es zu diesem tödlichen Schlag, zu dieser schlimmen Katastrophe und folgenschwerem Ereignis nicht gekommen. Die Tatsache also, dass die Muslime diese Angelegenheit nicht als Existenzfrage angesehen haben, die von ihnen die unbedingte, entschlossene Maßnahme auf Tod oder Leben erfordert, ist der eigentliche Grund, warum sie von solch einer Katastrophe heimgesucht werden konnten.

Die Errichtung des Kalifats und das Regieren nach dem, was Allah offenbart hat, ist die Existenzfrage der Muslime

Die Muslime befinden sich heute in einer Lage, die schlimmer nicht sein kann. Der Ausweg aus dieser prekären Situation liegt zuallererst im richtigen Erkennen ihrer gegenwärtigen Probleme, ob es sich dabei um Existenzfragen handelt oder nicht. Bei jeder Existenzfrage haben sie dann auch die unabdingbare Maßnahme auf Tod oder Leben zu setzen, wie es ihnen der Islam vorgeschrieben hat. Vor allem dann, wenn es sich schlechthin um die alles umfassende Existenzfrage handelt. Solange diese Erkenntnis nicht klar und deutlich die Herzen erfüllt und die öffentliche Atmosphäre dominiert, werden die Muslime in einer permanenten Dekadenz und Niedergeschlagenheit verweilen, ohne die ihnen gebührende Bedeutung unter den Völkern zu bekommen.

Deswegen ist es zwingend notwendig für die Muslime, ihre Existenzfragen klar zu erkennen. Diese Erkenntnis muss ihren Weg in ihre Herzen, ihre Seelen und in die öffentliche Atmosphäre finden. Nur dann kann sie die Muslime dazu bewegen, mit unerschütterlicher Entschlossenheit und nie versiegendem Eifer jene Maßnahmen zu setzen, die Existenzfragen eben erfordern, nämlich Maßnahmen auf Tod oder Leben. Das ist die eigentliche Frage und das ist auch die

Grundlage, auf der die Muslime all ihre Tätigkeiten zur Veränderung ihrer gegenwärtigen Situation aufbauen müssen.

Die heutige Realität der Muslime ist für jeden Muslim erkennbar, ohne dass es weiterer Erklärungen oder Ausführungen bedarf. Ihre Ländern werden mit den Systemen des *Kufr* regiert, somit sind sie ohne jeglichen Zweifel allesamt Stätte des *Kufr* (*Dar Al-Kufr*). Darüber hinaus sind sie in mehr als vierzig Staaten aufgeteilt, in Republiken, Sultanate, Emirate und Scheichtümer. So sind sie zu schwach, als dass sie sich gegen die Ungläubigen stellen könnten. Deswegen muss das Ziel jedes Landes in der islamischen Welt sein, in eine Stätte des Islam (*Dar al-Islam*) umgewandelt und mit anderen islamischen Ländern vereint zu werden. Diese Frage ist eine Existenzfrage für die Muslime, es ist für sie vielmehr die alles umfassende Existenzfrage, für die man die einzig zulässige Maßnahme, nämlich die Maßnahme auf Tod oder Leben setzen muss.

Allerdings ist diese Existenzfrage, die Umwandlung der Länder in der islamischen Welt in eine Stätte des Islam und ihre Vereinigung miteinander, ein Ziel, das man zu erreichen anstrebt. Der Weg aber um dieses Ziel zu erreichen, führt unweigerlich über die Gründung des Kalifats als Regierungssystem. Auf diese Weise werden die islamischen Länder in eine Stätte des Islam umgewandelt und können anschließend miteinander verschmolzen werden. Das ist die Kernfrage, die uns heute als Muslime beschäftigen muss.

Es muss uns aber klar sein, dass es dabei nicht bloß um die Aufstellung eines Kalifen geht, wo gesagt werden kann, dass es sich um eine Pflicht handelt, die lediglich zur Genüge von den Muslimen erfüllt werden muss, gemäß dem *Hadith*, den *Ibn Omar* vom Propheten ﷺ berichtet: **"Wer stirbt, ohne dass der Imam einer Gemeinschaft vorhanden wäre, stirbt einen Tod der Jahiliyya!"** Dies wäre an sich keine Existenzfrage. Was die Muslime heute jedoch betrifft, ist die grundsätzliche Errichtung des Kalifats als Staats- und Regierungssystem, als Substitut für die heutigen Systeme und nicht bloß die Aufstellung eines Kalifen. Es ist also eine andere Realität mit der wir umzugehen haben. Selbstverständlich wird die Errichtung des Kalifats zur Aufstellung eines Kalifen führen.

Die Errichtung des Kalifats ist, wie erwähnt, zweifelsohne eine Existenzfrage. Denn sie führt nicht bloß dazu, unsere Länder in eine Stätte des Islam (*Dar al-Islam*) zu verwandeln, vielmehr wird sie auch die Zerstörung der Systeme des *Kufr*, des **"offen aufkommenden Unglaubens"** also, zur Folge haben, was gemäß den *Hadithen* des Propheten ﷺ eine klare Existenzfrage ist. So hat der Gesandte ﷺ gesagt: **"... und das ihr den Machthabern ihre Macht nicht strittig macht, es sei denn, ihr seht einen offen aufkommenden *Kufr*..."** In einem anderen *Hadith* heißt es: **"Man fragte: ‚O Gesandter Allahs, sollen wir sie nicht mit dem Schwerte bekämpfen?‘ Er antwortete: ‚Nein, solange sie das Gebet unter euch aufrecht halten!'"** Daraus ergibt sich, dass die Methode, um eine Existenzfrage zu realisieren, selbst auch eine Existenzfrage darstellt. Denn sie ist ja der unabdingbare Weg, um diese Existenzfrage realisieren zu können. Außerdem zeigt der Rechtsbeweis aus der *Sunna* dies auf. Deswegen muss die einzig zulässige Maßnahme, nämlich die auf Tod oder Leben, auch hierfür gesetzt werden.

Nachdem sich nun die Regentschaft des *Kufr* in ihrer vollen Größe über die Muslime ausgebreitet hat, und ihre Geschicke nunmehr von Ungläubigen, Heuchlern und Apostaten gelenkt werden, versuchen sie unentwegt, sich von der Hegemonie des Unglaubens, seiner Paten und Verbündeten zu befreien. Allerdings ist ihnen nicht bewusst, dass es sich bei dieser Angelegenheit für die sie kämpfen um eine Existenzfrage handelt, die einzig und allein die entschlossene Maßnahme auf Tod oder Leben erfordert. Der Verlust genau dieses Bewusstseins hat ihnen aber - als Gemeinschaft und *Umma* - die Bereitschaft geraubt, Leid, Gefängnis und Folter zu ertragen, geschweige denn Armut, Zerstörung und Tod. Dies sind jedoch alles Opfer, welche der Kampf um Existenzfragen immer erfordert und die untrennbar mit ihm verbunden sind. Deswegen waren all diese Versuche zum Scheitern verurteilt und sind dem Ziel für das sie kämpfen keinen Schritt näher gekommen.

Für die Muslime bedarf es keines großen Denk- und Betrachtungsaufwandes um zu erkennen, dass diese Angelegenheit eine Existenzfrage für sie darstellt. Vom ersten Moment an war klar, genauso wie es heute für jeden mit zwei Augen klar sein muss, dass der Unglaube, der *Kufr*, es dem Islam niemals ermöglichen wird, ins politische Leben - d. h. an die Regierungsmacht - zurückzukehren,

solange er noch ein Körnchen Kraft hat, gegen jene vorzugehen, die sich dafür einsetzen. Apostaten und Heuchler werden in dieser Angelegenheit nicht minder brutal und verbrecherisch vorgehen, als der Unglaube selbst. Sie werden die ganze ihnen zur Verfügung stehende Kraft aufwenden und alle in ihrer Reichweite liegenden Mittel einsetzen, um jene Gläubigen zu bekämpfen, ja zu bekriegen, die ihnen die Regentschaft entreißen wollen, um die Regentschaft Allahs an ihrer Stelle zu errichten und um Allahs Verbote durch Seine Strafgebote zu wahren.

Deswegen kann jeder Versuch, den die Muslime in der Angelegenheit unternehmen, unmöglich fruchten, solange sie diese Angelegenheit nicht als Existenzfrage ansehen, wo jeder Erfolg davon abhängt, die entschlossene Maßnahme auf Tod oder Leben zu setzen. Da sich die Muslime der Natur dieser Auseinandersetzung nicht bewusst waren und die Wahrheit des diesbezüglichen göttlichen Rechtsspruches nicht erkannten, versuchten sie sich auf eine Weise zu befreien, die einer Existenzfrage nicht entsprach. Es waren Versuche, die vielleicht für normale Angelegenheiten geeignet sind, nicht aber für solche, wo es um sein oder nicht sein geht. Die Maßnahmen, die sie diesbezüglich setzten, waren entsprechend unter dem Niveau der erforderlichen Maßnahmen auf Tod oder Leben.

Tatsächlich werden jene Angelegenheiten, die von Natur aus schicksalhaft sind, wie die Beseitigung des *Kufr*-Systems und die Errichtung des Systems des Islam - wurden sie nun auf dieser Basis begriffen oder nicht - unmöglich von jemandem zu bewältigen sein, egal wie stark er ist und egal wie sehr er sich auch dafür einsetzen mag, solange er sich in seiner Tätigkeit und Konzeption ihrer Natur nicht bewusst ist und die erforderlichen Maßnahmen auf Tod oder Leben setzt, die ihre Natur ihm auch vorschreibt. Die Muslime, als Einzelpersonen und Gruppierungen, müssen sich offen eingestehen, dass kein Ausweg daran vorbeiführt, ihren Einsatz im Kampf gegen den *Kufr* auf die Grundlage eines Kampfes auf Tod oder Leben zu setzen, weil die Natur dieser Existenzfrage ihnen dies vorschreibt und weil die Gesetzgebung aus *Qur'an* und *Sunna* dies ebenfalls belegt.

Auch der Gesandte ﷺ hat uns gelehrt, unsere Angelegenheiten klar zu definieren und gegenüber jeder Schicksalsfrage die erforderliche

Maßnahme auf Tod oder Leben zu setzen. So hat er ﷺ, als ihn Allah ﷻ mit dem Islam entsandte und er durch intellektuelle Auseinandersetzung begann, die Botschaft zu verkünden, seine Schicksalsfrage als die Emporhebung des Islam definiert und dafür die erforderliche Maßnahme auf Tod oder Leben gesetzt. Es wird berichtet, dass der Onkel des Propheten ﷺ, Abu Talib, ihm von der Forderung der *Quraisch'* (Stamm der Mekkaner), er möge mit seinen Angriffen gegen sie aufhören, erzählte und ihm sagte: **"So verschone doch mich und dich selbst und lege mir keine Bürde auf, die ich nicht ertragen kann!"** Daraufhin antwortete der Prophet: **"O mein Onkel! Bei Allah, wenn sie die Sonne zu meiner Rechten und den Mond zu meiner Linken legen würden, damit ich diese Sache aufgebe, nimmer würde ich dies tun, bis Allah den Islam emporhebt, oder ich dabei umkomme!"** Und als der Prophet ﷺ den Staat gründete und den Jihad mit dem Schwerte vollzog, definierte er auch hier seine Schicksalsfrage als die Emporhebung des Islam. In gleicher Weise setzte er dafür die erforderliche Maßnahme auf Tod oder Leben fest. So wird berichtet, dass der Prophet ﷺ, als er auf dem Weg nach Mekka zur *Umra* war und vom kriegerischen Auszug der Mekkaner gegen ihn erfuhr, folgendes sagte: **"Was glaubt denn Quraisch? Bei Allah, ich werde fortsetzen zu kämpfen für das, mit dem mich Allah entsandt hat, bis Allah diese Sache (den Islam) emporhebt oder sich dieses Haupt vom Rumpfe trennt!"**, dabei deutete der Prophet auf seinen Hals. Die Emporhebung des Islam war für den Propheten demzufolge eine Existenzfrage, für die er jederzeit bereit war zu sterben.

In beiden Fällen also, sowohl beim Weitertragen der Botschaft durch die ideologisch-intellektuelle Auseinandersetzung, als auch beim Weitertragen durch den Jihad mit dem Schwert, hat der Prophet ﷺ sein Ziel als die Emporhebung des Islam festgelegt und dieses Ziel zur Existenzfrage erklärt. Er hat in beiden Fällen die dafür erforderliche, unabdingbare Maßnahme gesetzt, nämlich die Maßnahme auf Tod oder Leben. Die volle Bereitschaft also für diese Existenzfrage zu sterben. Im ersten Fall hat er dies mit folgendem Satz bekundet: **"... bis Allah den Islam emporhebt, oder ich dabei umkomme!"**, im zweiten Fall mit dem Satz: **"...bis Allah es emporhebt, oder sich dieses Haupt vom Rumpfe trennt!"** Hätte der Prophet diese Angelegenheit nicht zur Existenzfrage erhoben und dafür nicht die entsprechende Maßnahme auf Tod oder Leben gesetzt, wäre der Islam niemals hochgekommen, weder durch seine Verkündung auf dem Weg der intellektuellen Ausein-

andersetzung, noch durch seine Verkündung auf dem Weg des bewaffneten Kampfes. Genauso verhält es sich mit den Muslimen in ihrer heutigen Realität, nachdem sie mit den Systemen des Kufr regiert werden und sich die Ungläubigen und Heuchler ihrer bemächtigt haben. Solange sie diese Angelegenheit nicht zu einer Existenzfrage erheben und die dafür erforderliche Maßnahme auf Tod oder Leben setzen, werden ihre ganzen Bestrebungen nicht von Erfolg gekrönt sein und sie werden keinen einzigen Schritt vorankommen.

Deswegen rufen wir jeden Muslim inmitten dieses erdrückenden Kufr, der die Länder der islamischen Welt beherrscht, dazu auf, sich für die Errichtung des Kalifats einzusetzen, als Weg, sein Land in eine Stätte des Islam zu verwandeln und es mit den anderen Ländern der Muslime zu vereinen. Die islamische Botschaft soll er in alle Welt weitertragen, im Bestreben, diesen Islam emporzuheben. Möge er in aufrichtigem Iman, in erleuchteter Erkenntnis und korrektem Bewusstsein stets die Worte des Propheten ﷺ wiederholen: **"Bei Allah, wenn sie die Sonne zu meiner Rechten und den Mond zu meiner Linken legen würden, damit ich diese Sache aufgabe, nimmer würde ich dies tun, bis Allah den Islam emporhebt, oder ich dabei umkomme!" "Bei Allah, ich werde fortsetzen zu kämpfen für das, mit dem mich Allah entsandt hat, bis Allah es hochhebt oder sich dieses Haupt vom Rumpfe trennt!"**